Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 149. Sonnabend, den 28. Juni 1913. 20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Ein Schutzpatron der Soldatenschinder.

Um den entsetzlichen Soldatenmißhandlungen in der Armee zu steuern, hatte unsere Reichstagsfraktion zur Wehrvorlage einen Antrag auf Reform des Militärstrafgesetzes gestellt. Insbesondere sollte das Beschwerderecht der Soldaten reformiert und dem mißhandelten Gemeinen ein Notwehrrecht gegen den brutalen Vorgesetzten gegeben werden, dem er bei dem jetzigen Zustand schutzlos ausgeliefert ist. Wie notwendig gerade das letztere ist, beweisen zahllose von unseren Rednern vorgetragene Fälle barbarischster Soldatenquälerei: Rekruten sind von niederträchtigen Vorgesetzten gezwungen worden, schmutziges Waschwasser zu trinken, ihren eigenen Kot zu kauen, schäumende Pferdegebisse sich anlegen zu lassen, Suppe zu essen, in die der Herr Feldwebel hineingespuckt hatte, usw. usw. Was nützen alle nachträchlichen Beschwerden, wenn der Rekrut sich zunächst einmal diese ungeheure Demütigung, diese Zernichtung seiner Menschenwürde widerstandslos gefallen lassen muß?!

Aber den mißhandelnden Vorgesetzten erwuchs im Reichstag ein Retter. Dieser war der „fortschrittliche“ und furchtbar „liberale“ Abgeordnete Müller-Meiningen. Herr Müller erklärte, er könne die sozialdemokratischen Anträge nicht ernst nehmen. „Ebensogut (!)“ könne man das Kali-Gesetz in die Wehrvorlage hineinbringen. So mache man nicht einmal Würste, geschweige denn Gesetze. Dann tat Herr Müller-Meiningen das Notwehrrecht des Soldaten mit einigen Witzen ab, bei denen er sich gewiß sehr geistvoll vorkam, die aber die ganze oberflächliche Spaßmacherei dieses Herrn charakterisieren. Er meinte:

„Die Quintessenz ist doch die, daß dann folgender Zustand eintritt: wenn ein Hauptmann zum Soldaten sagt: „Rammel g'scherter, stell di grad her!“ daß der Soldat dann das Recht hat zu sagen: Hauptmann, du bist der allergrößte Rammel!“ (Große Heiterkeit) oder daß er ihm gleich eine hinhauen kann.“

Der lebhafte Beifall, den Herr Müller für diese Ausführungen — bei den Konservativen erntete, wird ihn ja sicher in seiner Ueberzeugung stärken, etwas ungeheuer Treffendes gesagt zu haben. Wir wollen aber einmal hier einhaken und an der Hand einiger unumstößlicher Beispiele zeigen, was ein Soldat sich in Wirklichkeit ungestraft sagen lassen muß.

„Lümmel“ ist z. B. im Munde eines Oberleutnants keine Beleidigung. So erkannten Kriegs- und Oberkriegsgericht in Koblenz im Jahre 1910 gegen den Oberleutnant Lotz vom 104. Infanterieregiment in Bonn. Das Wort „Lümmel“ liege wohl an der erlaubten „Grenze“, doch könne es nicht als „rohe Beschimpfung“ aufgefaßt werden.

Tituliert ein Hauptmann einen Soldaten als „Schwindler“, „Simulant“, „Tagedieb“ — so ist das „in Anbetracht der Unterschiede der sozialen Stellung“ ebenfalls keine Beleidigung. So meinte das Gouvernementsgericht Ingolstadt in der Sache gegen den Hauptmann Karl im Juli 1911.

„Saurekrut“ ist keine Beleidigung, über die sich ein Soldat (der im dritten Jahr dient) aufregen darf. Mit dieser ausdrücklichen Begründung wurden einem Reservisten vor dem Oberkriegsgericht 6 Monate 15 Tage Gefängnis wegen Achtungsverletzung bestätigt (1911). Er war durch das Wort „Saurekrut“ gereizt worden.

Hierzu mögen noch einige Fälle erwähnt werden, die zeigen, wie es Soldaten ergeht, die durch Mißhandlungen gereizt, wirklich einmal zur Notwehr greifen. Sie werden zehn-, ja zwanzigmal so hoch bestraft, als der brutale Vorgesetzte, der sie angegriffen hat:

Zwei Militärmusiker vom Ulanenregiment Nr. 8, ein Unteroffizier und ein Gemeiner, hatten eines Tages in einem Gasthof im angetrunkenen Zustande einen Zusammenstoß, bei dem der Unteroffizier dem Untergebenen zuerst einen Hieb mit dem Säbel, dann eine Ohrfeige verabreichte. Nun faßte der Untergebene seinen Vorgesetzten an die Brust und suchte ihn niederzuwerfen. Bald darauf erteilte der Unteroffizier dem Mißhandelten einen Befehl, dem der Mann nicht nachkam. Beide hatten sich im August vor dem Insterburger Kriegsgericht zu verantworten, das den Untergebenen „wegen tätlichen Vergreifens an einem Vorgesetzten und Beharrens im Ungehorsam“ zu sechs Monaten Gefängnis verurteilte, während der Unteroffizier wegen Mißhandlung eines Untergebenen in zwei Fällen, davon in einem Falle unter Mißbrauch der Waffe, zu drei Wochen Mittelarrest verurteilt wurde.

Vor dem Insterburger Kriegsgericht hatten sich im April 1912 der Kanonier Scholl und der Unteroffizier May zu verantworten, und zwar der erstere wegen Vergehens gegen einen Vorgesetzten und der Unteroffizier wegen Mißhandlung und vorschriftswidriger Behandlung eines Untergebenen. Scholl hatte am 3. März Stallwache. Er soll den Unteroffizier May durch sein „schlappes Benehmen“ gereizt haben. Deshalb ließ dieser den Kanonier Laufschritt sowie einen Sprung im Stall machen und versetzte ihm einen Schlag ins Gesicht. Der Soldat geriet darüber in heftige Erregung. In diesem Zustande faßte er den Unteroffizier vorn im Mantel und stieß ihn gegen einen Schrank. Dafür erhielt er — unter Zubilligung mildernder Umstände — ein Jahr Gefängnis. Der Unteroffizier erhielt: vier Wochen Mittelarrest.

Der Rekrut Block wurde bei einer Uebung in Döberitz von dem Unteroffizier Sugge während eines Strafexerzierens durch Schimpfworte beleidigt. Block geriet schließlich in große Erregung, er stürzte sich plötzlich auf den Unteroffizier und rief seinen Kameraden zu, sie sollten ihm beistehen. Die Kameraden kamen jedoch der Aufforderung des Block nicht nach. Durch die Aufforderung an die Kameraden hatte sich der Rekrut des Verbrechens der militärischen Aufwiegelung schuldig gemacht. Er stand am 22. Mai 1912 vor dem Kriegsgericht der zweiten Gardedivision. Mit dem Rekruten hatte sich zugleich auch der Unteroffizier Sugge wegen vorschriftswidriger Behandlung Untergebener sowie wegen Beleidigung zu verantworten. In der Verhandlung, die unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfand, gelangte das Gericht zu einer Verurteilung beider Angeklagter. Der Unteroffizier Sugge wurde wegen der vorschriftswidrigen Behandlung, die als die eigentliche Ursache des ganzen Vorganges zu betrachten ist, zu vier Monaten und zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Gegen den Rekruten Block wurde auf fünf Jahre und einen Tag Gefängnis erkannt.

Solche Urteile, deren es noch viele gibt, machen es begreiflich, wenn ein Rekrutenschinder, der Unteroffizier Skalek vom 6. Pionierbataillon, einen Untergebenen, den er mißhandelt hatte, mit folgenden höhnischen Worten von einer Beschwerde abzuhalten suchte: „Wir werden beide bestraft, aber du mit Zuchthaus und ich mit Arrest“.

Wenn aber die Sozialdemokratie gegen solche Soldatenschinder ein Notwehrrecht fordert, so ist da der sehr fortschrittliche und ungeheuer liberale Herr Ernst Müller-Meiningen und erklärt: „Solche Anträge kann ich nicht ernst nehmen“.

Die Haltung des Herrn Müller-Meiningen paßt trefflich zu der Stellung, die seine gesamte Fraktion in der Frage des Militärboykotts eingenommen hat. Der sozialdemokratische Antrag, in das Wehrgesetz einen Artikel aufzunehmen, durch den die Verhängung des Militärboykotts aus politischen Gründen unmöglich gemacht werden sollte, ist bekanntlich im Reichstag mit 201 gegen 127 Stimmen abgelehnt worden. Für den Antrag stimmten die Sozialdemokraten, Polen, 3 Elsässer, Dr. Haegy, Thumann und Windeck, 1 Däne, 1 Zentrumsabgeordneter, 1 Nationalliberaler, Kölsch, und 4 Fortschrittler, Ahlhorn, Gunßer, Dr. Neumann-Hofer und Röser. Die übrigen Fortschrittler stimmten gegen den Antrag und begnügten sich mit der die Militärverwaltung zu nichts verpflichtenden Resolution der Budgetkommission.

Diese nachsichtige Haltung gegen die schlimmsten Auswüchse des Militarismus kennzeichnet zur Genüge den Grad der Erbärmlichkeit, auf den die Fortschrittspartei herabgesunken ist. 1892 war sie noch selber mit Anträgen für das Notwehrrecht der Soldaten eingetreten, zahllose schöne Reden sind von fortschrittlicher Seite gegen die Unmoral des Militärboykotts gehalten worden; jetzt aber, wo es die Tat gilt, klappen diese liberalen Helden schmählich zusammen. Dabei hätte es in ihrer Hand gelegen, dem sozialdemokratischen Antrag zur Annahme zu verhelfen, da ein Umfall von 38 Stimmen schon die Minderheit in eine Mehrheit verwandelt hätte.

Aber dann kommen die Herren mit faden Redensarten a la Müller-Meiningen: „So werden nicht einmal Würste gemacht“. — Man könnte hinzufügen: „Aber so wie Ihr, machen es die Hanswürste“.

Die Besitzsteuer.

Gleichsam als eine Einleitung zu der gestrigen zweiten Lesung der Besitzsteuervorlage veröffentlichte Freitag früh die Konservative Korrespondenz einen parteioffiziösen Artikel, der in aller Schärfe die Vorlage ablehnt, die die Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuer enthalte. Auf denselben Ton war die Rede gestimmt, die gestern namens der konservativen Fraktion der Graf Schwerin-Löwitz hielt, und in der er unter demonstrativem Beifall seiner Freunde die Vorlage bekämpfte. Wenn man auch darüber nicht im Zweifel war, daß die Rechte sich ebenso heftig gegen die Tragung der Kosten sträuben würde, wie sie jederzeit bereit ist, die Militärausgaben zu bewilligen — die ausdrückliche Bestätigung, wie sie jetzt doppelt vorliegt, ist außerordentlich wertvoll.

Der Hauptkampf ging eigentlich um die zwei ersten Paragraphen der Regierungsvorlage, die die Veredelung der Matrikularbeiträge vorsehen. Die Vermögenszuwachssteuer sollte danach erst von den Einzelstaaten zur Deckung ihrer erhöhten Ausgaben beschlossen werden. Die Kommission aber hatte diese beiden ersten Paragraphen gestrichen, und somit das zuerst subsidiär gedachte Gesetz zum Hauptgesetz, also aus der eventuellen bundesstaatlichen Vermögenszuwachssteuer die direkte Reichsvermögenszuwachssteuer gemacht. Die Konservativen beantragten nun die Wiederherstellung der Regierungsvorlage, die von der Regierung selbst bereits aufgegeben war.

Über die Aussichten dieses Antrags konnten die Herren von der Rechten von vornherein wenig Günstiges vermuten. Es sollte ja auch bloß die Gelegenheit gegeben werden, eine prinzipielle Stellungnahme des Hauses herbeizuführen, und so erweckte auch diese ganz allgemein gehaltene Debatte in dem dichtbesetzten Saale das größte Interesse. Herr Bassermann von den Nationalliberalen sprach zuerst. Sauer-süß, wie es sich für ihn gehört, und mit allen erdenklichen Verwahrungen gegen den Verdacht, als könnten die Nationalliberalen zu weit oder zu rasch vorwärts gehen wollen. Fehlen durfte auch nicht die pathetische Redensart von den patriotischen Pflichten.

Genosse Dr. Südekum, der über die wichtige Vorlage Berichterstatter der Kommission ist, vertrat in seiner Rede namens unserer Partei den Gesichtspunkt, der die sozialdemokratische Fraktion leitet: wir lehnen die Militärvorlage aus richtig verstandenem Patriotismus ab, wir sorgen aber dafür, daß alle Lasten den Besitzenden auferlegt werden, die unermüdlich nach neuen Wehrvorlagen schreien. Der sozialdemokratische Redner erörterte dann den eigentlichen Charakter der Kommissionsvorlage, die zwar die Forderung einer Reichseinkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuer nicht im vollen Umfange erfüllt, aber ihr doch in ausgedehntem Maße Rechnung trägt, und er setzte mit einer den Reaktionären höchst unangenehmen Deutlichkeit auseinander, wie offenkundig dieser Erfolg im Steuerwesen der Kraft der Sozialdemokratie im Parlament und im Volk zu danken ist. Gerade deshalb durfte er auch hervorheben, daß wir das Verdienst haben, an dem Guten der Vorlage, nämlich an der grundsätzlichen Abkehr von der früheren Finanzpolitik, während die Ängstlichkeit der bürgerlichen Fraktionen die Schuld trägt an den Verschlechterungen, die der gute Gedanke in seiner Durchführung erlitten hat. Wie sehr der neue Grundsatz und der Wesensinhalt der Besitzsteuer das Ergebnis der letzten Reichstagswahlen ist, ergibt sich ja auch nicht nur aus der schroffablehnenden Haltung der Konservativen, sondern auch ebenso klar aus den Gliederverrenkungen, die das Zentrum sich leisten muß, um schließlich unter Aufgabe seines früheren Standpunktes auf den Boden der Kommissionsvorlage zu gelangen.

Nach der Rede des konservativen Grafen Schwerin, der sich in seiner Abweisung der Vorlage alle Mühe gab, zu beweisen, daß der Entwurf der Kommission von sozialistischem Geiste erfüllt ist, nahm der Reichsschatzsekretär das Wort. Herr Kühn wiederholte — wohl nur pro forma — die Bedenken, die die Regierung noch erfüllen, und dann lehnte er — gleichfalls nur pro forma — die Vermutung ab, als ob die Vorlage von sozialistischem Geiste getragen sei: sie verfolge nur soziale Tendenzen. Herr v. Bethmann-Hollweg, der sich das anhörte, hatte dabei ein neckisches Lächeln . . . . .

Aus der übrigen Debatte ist über diesen Punkt nur noch hervorzuheben, daß Herr v. Payer das bemerkenswerte Bekenntnis abgab, seine Partei stimme ohne Begeisterung für die Rechte, und daß Herr Schultz von der Reichspartei sich mit aller Emphase auf seiten des Grafen Westarp stellte, denn, so sagte er, „die Sozialdemokratie ist auf der ganzen Linie Sieger!“

Er ersuchte, die direkte Reichssteuer abzulehnen, die auch, wie man erwartet hatte, abgelehnt wurde. Der Antrag wurde mit 272 gegen 91 Stimmen abgelehnt.

Die Beseitigung der Zuckersteuer, die längst versprochen ist, verlangte wiederum Genosse Wurm. Der Antrag fiel. Ebenso wurde gegen den Widerspruch, den Genosse Molkenbuhr im Namen der Fraktion erhob, die Erhöhung des Kriegsschatzes beschlossen.

Dann folgte die Beratung des eigentlichen Vermögenszuwachssteuergesetzes, das jetzt, wie gesagt, das Hauptgesetz geworden ist. Eine lange Debatte entstand über den konservativen Antrag, das Kindeserbe von der Steuer freizuhalten. Aber, obwohl die Konservativen Herrn Arnstadt vorschickten, um den Anschein zu erwecken, als ob wirklich das kleinbäuerliche Interesse gefährdet sei, verlangte das Prinzip der Erbschaftssteuer des Deszendenten, das Prinzip also

das den großen Konflikt des Jahres 1909 geschaffen hatte, einen vollen Sieg. Genosse David sprach es aus, daß jetzt die Niedergerittenen auf der rechten Seite des Hauses sitzen, und er gab ihnen auch für diese Niederlage den wahren Grund an: sie haben ihre Mehrheit des Jahres 1907 gegen die Gerechtigkeit mißbraucht.

Mit 207 gegen 150 Stimmen wurde unter dem Beifall der Linken der Antrag Westarp abgelehnt.

Der Anspruch des Reiches an den Erträgnissen der Wertzuwachssteuer wurde entgegen einem sozialdemokratischen Antrag, den Genosse Haase begründete, aufgegeben.

Gegen den Widerspruch der Regierung wurde auf unseren Antrag hin, den Genosse Haase begründete, die Steuerpflicht der Bundesfürsten ausdrücklich ausgesprochen. Die Volkspartei, die Wirtschaftliche Vereinigung, die Polen, die Elsässer und ein großer Teil des Zentrums stimmten mit unserer Fraktion. Man kann neugierig sein, ob nicht bis zur dritten Lesung manchen aus den anderen Parteien der Männerstolz vor Königsthronen verlassen wird . . . .

Das Gesetz wurde zu Ende beraten, und damit sind die Deckungsvorlagen in zweiter Lesung erledigt. Heute beginnen die dritten Lesungen. Als sozialdemokratischer Redner zur Militärvorlage wird Genosse Scheidemann sprechen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Konservativen gegen die Deckungsvorlagen!

Unter der Überschrift „Vor ernsten Entscheidungen" bringt die „Konservative Korrespondenz" in Sperrdruck eine parteioffiziöse Erklärung; es wird darin gesagt, daß die Konservativen bereit gewesen seien, 80 Millionen zu Lasten des Besitzes zu bewilligen, aber dem Kompromiß, das die beiden liberalen Parteien mit dem Zentrum abgeschlossen haben, könnten die Konservativen nicht zustimmen. Die geplante Vermögenszuwachssteuer umfasse die Besteuerung von Vermögen, Einkommen und Erbschaften. „Indem das in Aussicht genommene Gesetz diese Steuerart durch reichsgesetzliche Bestimmungen als unmittelbare Reichssteuer einführt, wird es den Einzelstaaten unmöglich gemacht, ihr Finanzsystem nach ihren eigenen Bedürfnissen auszubauen." Weiter sei der Gedanke der Zuwachsbesteuerung in der hier geplanten Form, bei der weder der unverdiente vom verdienten, noch der flüssig gemachte von dem festgelegten Vermögenszuwachs entschieden werde, eine schwere Gefahr für das Wirtschaftsleben. In dem neuen Gesetz werde jeder Erbanfall als Vermögenszuwachs angesehen und besteuert. Das Erbteil der Kinder und Enkel als Zuwachs zu behandeln, sei ein schwerer grundsätzlicher Fehler. Und aus allen diesen Gründen kommt dann die konservative Parteileitung zu folgenden im Druck besonders hervorgehobenen Schlußfolgerungen:

„Für das jetzt in Aussicht genommene Kompromiß, welches nur dem Namen nach ein Kompromiß ist, in der Sache aber unter Billigung und mindestens stillschweigender Mitwirkung der Sozialdemokraten die Einführung einer unmittelbaren Reichs-Vermögens-, Einkommen- und Erbschaftssteuer bedeutet, kann die konservative Partei eine Verantwortung nicht mit übernehmen. Diese ruht im wesentlichen auf den verbündeten Regierungen, den Parteien der Linken und dem Zentrum."

Die Form dieser Erklärung gestattet keinen Zweifel darüber, daß die Konservativen auch in der dritten Lesung gegen das Vermögenszuwachssteuergesetz stimmen werden.

Der Seniorenkonvent des Reichstags

beschloß am Freitag, die dritte Lesung der Heeresvorlage und des Wehrbeitrags auf die Tagesordnung vom Sonnabend zu setzen. Die Besitzsteuervorlage wird erst Montag zur Verhandlung kommen, da die Sozialdemokraten die Wahrung der geschäftsordnungsmäßigen Frist verlangen. Von verschiedenen Seiten wurde gewünscht, möglichst nach Beendigung der dritten Lesungen der genannten Vorlagen noch Wahlprüfungen zu erledigen. Voraussichtlich wird sich der Reichstag erst am Dienstag bis zum 20. November d. J. vertagen.

Vertagung des Reichstags.

Dem Reichstage ist der Antrag der Regierung zugegangen, die Zustimmung zur Vertagung des Reichstages bis zum 20. November d. Js. zu erteilen.

Der fürsorgliche Reichstagsabgeordnete.

Bürgerliche Blätter berichten: Rechtsanwalt Dr. Semler in Hamburg, der Reichstagsabgeordnete für den Wahlkreis Lauenburg-Wittenburg, hat 30 Volksschüler und Volksschülerinnen aus seinem Wahlkreise, Kinder unbemittelter Eltern, zu einer achttägigen Ferienreise eingeladen. Die Kinder werden von den Lehrern ausgewählt und an einem noch zu bestimmenden Tage in Leer von den Hamburger Lehrern abgeholt. Unter deren Führung sollen sie an den beiden ersten Tagen die Sehenswürdigkeiten Hamburgs besichtigen. Die verbleibenden sechs Tage sollen die Kinder in Wohldorf auf dem Landgute Dr. Semlers verbringen.

Den armen Familien, deren Kinder der nationalliberale Abgeordnete Dr. Semler pflegen will, würde tausendmal mehr gedient sein, wenn er und seine Fraktion wirksame Arbeiterpolitik treiben würden.

Sie wollen wohl rühren, aber nicht zahlen!

Der Vorstand des Bundes der Industriellen beschloß einstimmig, an den Reichskanzler und Bundesrat folgendes Telegramm zu richten:

„Im Namen weiter im Bunde der Industriellen vereinigten Kreise der deutschen Industrie richtet der Vorstand des Bundes der Industriellen hierdurch an den Herrn Reichskanzler und an die Herren Bevollmächtigten zum Bundesrat in letzter Stunde die dringende Bitte, den Beschlüssen der Reichstagskommission zum Wehrbeitrage die Genehmigung zu versagen und darauf zu dringen, daß die in dem Gesetz über den Wehrbeitrag geforderte Erfassung des deutschen Volksvermögens auf der Grundlage der Regierungsvorlage zurückgeführt werde. Wir bitten ferner die Verbündeten Regierungen, ihre Zustimmung zur Vermögenszuwachssteuer davon abhängig zu machen, daß eine Unterscheidung in den Steuersätzen herbeigeführt werde zugunsten des im eigenen Betriebe wieder angelegten und zur Stärkung der Betriebsmittel dienenden Vermögenszuwachses. Wenn es verständlich ist, daß die Parteien des Reichstags sich den Bedenken zum Teil verschließen, welche anscheinend im Interesse einer Minderheit den Schutz der in der deutschen Volkswirtschaft arbeitenden Anlage- und Betriebskapitalien gebieterisch erfordern, so ist es um so mehr als Pflicht der Verbündeten Regierungen zu erachten, gegenüber den jetzigen Beschlüssen der Budgetkomission energisch an den Grundsätzen festzuhalten, welche in der ursprünglichen Fassung des Wehrbeitrags zur Geltung kamen und denen auch die deutsche Industrie freudig zugestimmt hat. Die werbend angelegten Kapitalien, die tatsächlich für die Gütererzeugung und für die Erhaltung der ganzen Volkswirtschaft unentbehrlich sind und deren Zuwachs ebenso unentbehrlich ist für die Erhaltung des wachsenden Deutschlands, haben den vollen Anspruch auf die pflegliche Behandlung durch die Gesetzgebung. Dieser Schutz, der ihnen in den Bundesstaaten die von wechselnden Strömungen unabhängige erste Kammer gewähren soll, ist in der jetzigen Lage nach der Reichsverfassung Pflicht des Bundesrats, an den deshalb diese ernste Vorstellung in letzter Stunde gerichtet wird."

Entschädigung der Schöffen und Geschworenen.

Eine Korrespondenz meldet: „Im Bundesrat werden gegenwärtig die Ausführungsbestimmungen zum Gesetz betreffend die Entschädigung der Schöffen und Geschworenen beraten. Es ist bekanntlich davon abgesehen, die Höhe der Entschädigungen durch das Gesetz selbst festzulegen, weil dabei nicht nur Tagegelder, sondern auch Entschädigungen für Uebernachten und die bisher durch die Landesgesetzgebung geregelten Reisekosten in Betracht kommen. Es sind somit sehr ins einzelne gehende Vorschriften erforderlich, deshalb ist die Bestimmung ihrer Höhe dem Bundesrat übertragen. Seine Verordnung dürfte schon sehr bald veröffentlicht werden.

Die Tagegelder für Schöffen und Geschworene

sind vom Bundesrat nach Verabschiedung des Entwurfes durch den Reichstag auf 20 Mk. festgesetzt worden. Die gleichen Sätze sollen für Sachverständige bei Gericht festgesetzt werden.

Österreich-Ungarn.

Pressevorfolgungen in Bosnien. In dem österreichisch-ungarischen Reichslande ist jetzt die Verfolgung der sozialdemokratischen und sonstigen oppositionellen Presse auf einem Höhepunkt angelangt. Man konfisziert Nachrichten aus Wiener Blättern, Reden aus dem österreichischen Parlament, kurz, alles mögliche, woran selbst die österreichische Staatsanwaltschaft nicht herankommen konnte oder wollte. Man begnügt sich damit aber nicht, sondern es werden auch Preßprozesse geführt, die in den letzten 14 Tagen zwei Redakteuren unseres Parteiblattes je drei Monate Kerker eingebracht haben. Der Verantwortliche eines serbischen Blattes wurde vor kurzer Zeit zu sechs Monaten Kerker verurteilt, und die Liste der kleineren Haftstrafen von zwei bis sechs Wochen und der Geldstrafen von 100—500 Kronen läßt sich gar nicht aufzählen. — So wird die unabhängige Presse planmäßig zugrunde gerichtet.

Holland.

Zum Wahlsieg. Amsterdam, den 26. Juni. Gestern abend kam es anläßlich des unvergleichlichen Wahlsieges der Sozialdemokratie in einer ganzen Reihe von Städten und Orten wieder zu großartigen, spontanen Straßendemonstrationen. In Rotterdam zog eine vieltausendköpfige Menge, mit der roten Fahne voran, durch die Stadt und brachte den erwählten Sozialdemokraten begeisterte Ovationen. Im Haag kam es abends 10 Uhr zu einem Massenmeeting auf dem „Binnenhof" vor dem Parlamentsgebäude, wo der eben gewählte Abgeordnete Ter Laan zu der Menge redete, auf demselben Platze, der im vergangenen Jahre am „roten Dienstag" militärisch für unsere Demonstration gesperrt war. Auch in Utrecht, Arnheim, Haarlem, Zaandam usw. eroberten die Arbeiter stürmisch die Straßen. In Amsterdam kam es am Spätabend auf dem Hauptplatz zu einem scharfen Zusammenstoß mit der Polizei, die die heranziehenden Tausende, die aus unseren Versammlungen kamen, mit Säbeln und Knüppeln auseinandertrieben, was die größte Erbitterung hervorrief. In allen Versammlungen ließen sich Hunderte von neuen Mitgliedern in die Partei einschreiben. Eine mächtige Welle der Begeisterung durchzieht das holländische Proletariat.

Frankreich.

In der Kammer wurde die Erklärung abgegeben, daß sie nicht eher auseinandergehen solle, bis die Mittel zur Deckung der militärischen Ausgaben bewilligt seien. Letztere sollten nicht der armen Klasse, sondern den Wohlhabenden und Reichen aufgebürdet worden.

Balkan.

Rumänien mobilisiert. Die Lage gestaltet sich wieder sehr ernst. Seit 24 Stunden befindet sich Rumänien in größter Aufregung. Nach Informationen der rumänischen Regierung soll die Ursache der Verschlechterung der Balkansituation darin liegen, daß Bulgarien in einer Note an die russische Regierung erklärt hat, mit Rücksicht auf die Erregung in Bulgarien den Schiedsspruch nur dann annehmen zu können, wenn sich Rußland verpflichtet, diesen Schiedsspruch binnen acht Tagen zu fällen. Die russische Regierung soll hierauf in einer energischen Note geantwortet haben, der Zar könne keine Verpflichtung übernehmen, daß der Schiedsspruch innerhalb des gewünschten Termines gefällt werde, und daß er daher auf das Schiedsrichteramt verzichte. Nach Kenntnisnahme dieser äußerst schwerwiegenden Meldung sandte die rumänische Regierung eine Note nach Sofia, in der sie abermals auf das bestimmteste erklärte, daß sie im Falle des Ausbruches eines Krieges ihre Passivität verlassen werde. Die Vorbereitungen zur Mobilisierung werden nun fieberhaft betrieben.

Uniformproleten.

Es wird gern und viel vom neuen Mittelstande gesprochen. Zumeist wird darunter das gewaltig anwachsende Heer der Industriebeamten, der Inhaber mittlerer Staatsstellen, die immer mehr anwachsende Masse der Werkführer und ähnlicher Produktionsfunktionäre verstanden. Das Kennzeichen für die Mehrheit dieses neuen Mittelstandes ist sehr oft rücksichtslosere Behandlung, schlechtere Bezahlung und längere Arbeitszeit, als der Arbeiter „genießt". Die neue Mittelstandsbewegung ist deswegen heute mehr oder weniger eine rein gewerkschaftliche Betätigung. Bei den Privatbeamten, im besonderen den technisch-industriell tätigen, ist das besonders deutlich zu bemerken. Bei den Bankbeamten macht sich jetzt der Anfang solcher Bewegung gleichfalls immer mehr bemerkbar. Viel charakteristischer ist aber für die beginnende Massenbeweglichkeit und das sich durchsetzende Massengefühl dieses neuen Mittelstandes, daß die uniformierten Beamten sich bemerkbar machen. Ueber die Arbeits- und Existenzbedingungen der Eisenbahn-, Post- und Telegraphenbeamten ist sehr wenig bekannt. Als selbstverständlich muß bei einer Tätigkeit, die in ihren Funktionsbedingungen durch preußische und deutsche Minister festgestellt wird, angenommen werden, daß sie nicht den gewerschaftlichen vernünftigen Forderungen der Arbeiter entspricht. Wie es im einzelnen bei der uniformierten Mittelständlern aussieht, zeigt jetzt eine Schrift recht deutlich, die der Vorstand des Eisenbahnassistentenverbandes dem Reichstage hat zugehen lassen.

Selbstverständlich ist, daß im Eisenbahnbetriebe eine riesenhafte Intensivierung der Arbeit dauernd vor sich geht. Die eben zitierte Denkschrift teilt mit, daß z. B. auf einer Station, wo noch vor sieben Jahren am Tage 25 und bei Nacht 16 Züge verkehrten, der Verkehr bis jetzt derartig gestiegen ist, daß während des Tagesdienstes 60 Züge und in der Nachtzeit 55 Züge aus- und einfahren. Das ist eine Verkehrssteigerung von 210 Prozent. Die Arbeitszeit nun bei diesem Arbeitstempo, wie sieht sie aus? Man rechne doch einmal mit: Siebenmal Nachtdienst je zwölf Stunden sind 84 Stunden, dann Ruhetag. Es ist Sonntag früh 6 Uhr. Acht Stunden Schlaf — dann ist es 2 Uhr mittags. Acht Stunden Erholung bis 10 Uhr abends, dann Nachtruhe bis 6 Uhr früh Montags. Nun kommen 6 Tage von je 12 Stunden Tagdienst = 72 Stunden, dann ist es Sonnabend 6 Uhr abends. Vierundzwanzig Stunden Ruhezeit, dann ist Sonntag abend 6 Uhr — und jetzt beginnt der Tanz von vorn: 7 mal 12 Stunden Nachtdienst usw. — In einer Dienstperiode von vierzehn Tagen hat also dieser Beamte 84 + 72 = 156 Stunden Dienst und einen Ruhetag von 8 Stunden, das übrige entfällt auf Schlaf- und Ruhezeit. Das ist durchschnittlich 156 : 4 = 11,1 Stunden Dienst und 6 Stunden Erholungszeit täglich.

Und wie ist die Bezahlung bei dieser mehr als elfstündigen täglichen Arbeitszeit? Die Eisenbahnassistenten haben ein Anfangsgehalt von 1 650 Mark, das ist ein Wochenlohn von noch nicht 35 Mark. Wohl gemerkt, bei elfstündiger täglicher Arbeitszeit und bei einer Kommandomacht der Vorgesetzten, wie sie sonst nur noch beim Militär üblich ist!

Noch unglaublicher aber wird die ganze Situation, wenn man hört, daß nach der amtlichen Statistik der preußisch-hessischen Eisenbahnverwaltung für das Jahr 1911 im Durchschnitt fast jeder zweite Beamte einen ganzen Monat (nur Arbeitstage gerechnet) krank gewesen ist. Weiter stellt die amtliche Statistik fest, daß von je hundert Sterbefällen mehr als 50 Prozent im Lebensalter von 35 bis 55 Jahren sich ereignen.

Man kann die Dinge drehen oder wenden, wie man will, hier wird ein dunkles Gebiet der modernen Entwickelung beleuchtet. Dabei muß beachtet werden, daß die eben besprochenen Tatsachen von einer Organisation stammen, deren vornehmstes Bestreben es ist, nicht hinter den Postassistenten rangieren zu brauchen. Wir haben es also durchaus nicht mit einer jener verruchten Beamtengewerkschaften zu tun, die es etwa wagen würden, anständige Existenzbedingungen zu erkämpfen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonnabend, 28. Juni.

Achtung Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, Zahlstelle Lübeck! Über die Arbeiten der hiesigen Baudeputation (Staatsplatz) ist wegen Nichtanerkennung der hiesigen Lohn- und Arbeitsbedingungen die Sperre verhängt.

Die Tarifkommission.

Mit verdoppeltem Eifer sind die Hintermänner des sogenannten Vereins für Volksversicherung jetzt in Lübeck tätig, um Mitglieder zu werben und namentlich Versicherungsteilnehmer zu gewinnen. Nur noch wenige Tage dauert es, bis die genossenschaftlich-gewerkschaftliche Volksfürsorge ihre Tätigkeit im vollen Umfange aufnimmt, und diese Spanne Zeit möchten die Gegner noch ausnützen, um für sich zu ergattern was irgend möglich ist. So werden jetzt sogar die Mitglieder von Turnvereinen zu Vorträgen eingeladen, in denen ein höherer Beamter des Stadt- und Landamts ihnen etwas über die „Vorteile" der bürgerlichen Volksversicherung erzählen wird. Es muß immer wieder betont werden, daß es den Herren, die nun so plötzlich entdeckten, wie notwendig für den werktätigen Mann und seine Familie eine Volksversicherung ist, noch vor wenigen Monaten völlig gleichgültig war, ob sich die Arbeiter versicherten oder nicht. Da kamen Genossenschaften und Gewerkschaften zusammen und begründeten ihre wirkliche Volksfürsorge, und nun erschienen die Gegner der modernen Arbeiterbewegung mit ihrem früher so unsichtbaren menschenfreundlichen Herzen auf dem Plan. Wer sich das vor Augen hält, wird niemals den Lockrufen der Gegner der Arbeiterschaft folgen.

Opfer der Arbeit. Das Lübecker Hochofenwerk ist dasjenige industrielle Unternehmen unseres Freistaates, das alljährlich die meisten Blutopfer erfordert. Ein Blick in die Berichte des Gewerbeaufsichtsbeamten zeigt das. Im Jahre 1910 erforderte das Werk nicht weniger als 4 Todesopfer, im Jahre 1911 kam daselbst ein tödlicher Unfall vor. Weiter

werden außerdem eine Anzahl schwerer und Hunderte von leichten Unfällen gemeldet. Über das Jahr 1912 liegt uns ein Bericht noch nicht vor, doch dürften auch in diesem die Opfer der Arbeit leider nicht gering sein. Die Leitung des Werkes sieht es nicht gern, wenn die Zeitungen Meldungen über Unfälle bringen, die sich dort ereignet haben. Auch wir würden sehr gerne auf solche Unfallberichte verzichten, allerdings nur dann, wenn sich keine Unfälle mehr ereignen. Im andern Falle halten wir es für notwendig, immer wieder der Öffentlichkeit zu zeigen, mit welchen Gefahren die Tätigkeit auf dem Hochofenwerk für das Leben und die Gesundheit der dort beschäftigten Arbeiter verknüpft und wie dringend erforderlich ein ausreichender Arbeiterschutz ist. In den letzten Tagen haben sich wieder zwei schwere Unfälle auf dem Werke ereignet, von denen der eine ein blühendes Menschenleben vernichtet hat. Am Donnerstag fiel in der Ammoniakfabrik des Werkes der 18jährige Arbeiter Jünemann in eine ätzende Flüssigkeit, wobei er sich am ganzen Körper und am Kopf so schwer verbrannte, daß er bald darauf im Lübecker Krankenhaus starb. Einem anderen gleichaltrigen Arbeiter wurde eine Hand abgefahren. Auch er wurde dem hiesigen Krankenhause zugeführt.

b. **Das Schöffengericht** fällte am Freitag das Urteil gegen den Anzug- und Paletotliebhaber Mö. aus Stockelsdorf. Es wurden noch weitere Zeugen vernommen. Nicht zu seinen Gunsten fiel die Aussage eines Möllner Geschäftsmannes aus. Dieser weiß von den vorgegebenen Abmachungen nichts, entließ auch den Angeklagten, als fortwährend Forderungen über Hotelschulden eingingen und gar noch der Schwindel bekannt wurde, Mö. sei mit 5000 Mk. Hypotheken im Geschäfte seines Chefs beteiligt. Das Reiseergebnis entsprach auch nicht dem vollgenommenen Mund. Der Staatsanwalt sah vier vollendete und zwei versuchte Betrugsfälle als erwiesen an und beantragte 4 Monate Gefängnis. Das Urteil lautet auf fünf Monate Gefängnis. Das Gericht nahm fünf Betrugsfälle an. Von der Anklage des versuchten Betruges wird Mö. freigesprochen.

b. **Die Zweite Strafkammer** verurteilte den etwa 28jährigen Schnitter L. wegen Sittenverbrechens zu 1 Jahr Gefängnis. Der Angeklagte, aus Galizien gebürtig, ist der deutschen Sprache nicht mächtig; er mußte mittels Dolmetscher vernommen werden. Ferner weiß L. auch nicht, wann er geboren ist. Die Tat verübte er an einem 11jährigen Mädchen in Bohnrade bei Stockelsdorf. — Ein Tau versetzt hat der Arbeiter R. unterwegs, der mit einem Fuhrwerk von Timmendorfer Strand nach Offendorf geschickt wurde. Für das Objekt im Werte von 3½ Mk. bekam R. 1 Mk. Diese paar Groschen bringen den Vorbestraften wegen Unterschlagung drei Monate ins Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte Diebstahl angenommen und 4 Monate beantragt.

b. **Dritte Strafkammer** am 28. Juni. Der „ominöse" Zufall. Ein junges schmächtiges Bürschchen, aalglatt im Gesicht, schlüpfrig-schmiegsam im Ausdruck und Benehmen, hatte sich heute in der Person des Deutschrussen W. wegen Diebstahls zu verantworten. Von Beruf sollte W. das Barbiergeschäft ausüben; er zog es indessen vor, die Ostseebäder abzustreifen und in den Badekabinen dem Räuberhandwerk obzuliegen. Der Angeklagte ist wegen verschiedener Diebereien vorbestraft. So stahl er in Swinemünde einem Badegast einen Brillantring im Werte von 1000 Mark und 500 Mark bares Geld, den Ring verkaufte er für 300 Mark. Dafür bekam W. vom Schöffengericht Swinemünde 6 Monate Gefängnis, diese wurde durch ein weiteres Urteil von Danzig auf 1 Jahr erhöht. Die Urteile sprechen aus, daß es sich um einen gemeingefährlichen, raffinierten Gauner handle, der behaupte, geistig minderwertig zu sein, aber sehr gut zu simulieren verstehe. Am 19. Juli 1912 wurde in der Travemünder Seebadeanstalt ein Portemonnaie mit 50 Mk. gestohlen. Dieses Diebstahls bezichtigt wird der Angeklagte, der mit großer Gewandtheit sich aus der Schlinge zu ziehen versucht und auch versteht. Er behauptet, in der fraglichen Zeit in Zoppot gewesen zu sein — das Gegenteil kann ihm nicht nachgewiesen werden — und bezichtigt sich extra, um den Beweis für diese Angabe zu erbringen, eines Diebstahls, um von den Danziger Gerichten abgeurteilt zu werden. Die Badewärter und -Gehilfen können sich nach der langen Zeit nicht mehr genau dieses Herrchens entsinnen, sodaß die Hauptbelastungszeugen versagen und der Staatsanwalt mangels Beweises die Einstellung des Verfahrens beantragen mußte. Mit einem vielsagenden Lächeln setzte sich der Geschniegelte hin und erwartete mit Kennermiene das Urteil, das auf Freispruch lautete, aber den starken Verdacht der Täterschaft aussprach. Der Angeklagte wird wieder nach Danzig transportiert, wo er die Strafhaft verbüßt. — Ein Vergehen gegen das Krankenversicherungsgesetz hatte sich ein Malermeister P. zuschulden kommen lassen. Er unterließ es, etwa 80 Mk. Krankengelder abzuliefern; als Grund gibt der Meister mißliche Lage und Krankheit an. Das wird berücksichtigt. Die Strafe lautet auf 30 Mk. oder 6 Tage Haft. — Versuchte Erpressung und der „Lübecker Volksbote". Ein Maschinist blieb von dem Betriebe, in dem er beschäftigt war, länger als gestattet unentschuldigt fern, weshalb er in eine Konventionalstrafe von 9 Mk. genommen wurde. Zuerst wäre er mit dem Abzug einverstanden gewesen, wenn er weiter in dem Betriebe beschäftigt werden würde, dann wollte er sich mit 4,50 Mk. zufrieden geben. Bei einer Auseinandersetzung mit dem Werkführer erklärte er diesem in der Erregung, daß der Werkführer von der letzten Stellung wegen allzu großer Ehrlichkeit weggekommen sei. Wenn es bei dem Abzug bleibe, werde er den Werkführer im „Volksboten" und anderswo breittreten, er habe schon jemanden, der ihm den Artikel aufsetze. Durch diese Drohung soll sich der Angeklagte der versuchten Erpressung schuldig gemacht haben. Der Staatsanwalt sah die Drohung mit der Veröffentlichung im „Volksboten" für ungemein wirksam an, deren Vollendung nicht unwahrscheinlich hätte sein können. Dadurch wäre der Werkmeister bei allen Arbeitern, mit denen er zu tun hatte, in schlechten Ruf gekommen. Er beantragte 4 Wochen Gefängnis. Das Urteil lautet auf 10 Tage. Mildernd kam die Erregung in Betracht. Der Abzug durfte nur in Höhe eines Viertels vom Wochenlohn erfolgen. (Anm. d. Red.: Wir brauchen wohl nicht zu betonen, daß wir den Raum unseres Blattes niemand zur Befriedigung persönlicher Rachgelüste zur Verfügung stellen; wo wirkliche Mißstände vorhanden sind, ist deren kritische Beleuchtung natürlich unsere selbstverständliche Pflicht.) — Bierulk oder Diebstahl? Zwei angetrunkene Arbeiter St. und B. kamen mit einem Kinderblockwagen aus einem Hause der Königstraße, setzten sich hierauf abwechselnd auf den Wagen und ließen sich von Kindern ziehen, wofür diese mit einem Groschen abgelohnt wurden. Bei diesem, für bejahrte Männer unsinnigem Spiel, wurden sie vom Schutzmann eingeholt. Der Staatsanwalt glaubt, daß beide in den fremden Keller gestiegen seien, um etwas zu stehlen, und in Ermangelung von etwas anderem den Wagen mit fortnahmen. Beide hätten diebische Neigungen schon bei erlittenen Vorstrafen bewiesen. Er beantragte für St. 3 Monate und für B. 3 Wochen Gefängnis. Das Gericht sprach beide Angeklagte, die sich für das Urteil höflich bedankten, frei. Auch grober Unfug wurde nicht angenommen. — Pferdedieb. Der Knecht Schr. arbeitete 10 Tage in Israelsdorf, steckte sein ungewohntes Handwerk auf und setzte in größter Eile die erhaltenen 5,30 Mark in Alkohol um. Ehe er am andern Morgen den schönen lübschen Vorort verließ, ging Schr. auf die Weide und holte zwei gesunde kräftige Pferde seines Dienstgebers weg und brachte sie einem hiesigen Pferdeschlachter. Der setzte aber doch Zweifel darin, ob sich die „bekannten jungen Füllen" im Werte von 1800 Mark bei den teuren Fleischpreisen zur Wurstmacherei eignen. Daraufhin wurde der Pferdehändler — der sich übrigens schon am Abend vorher beim Schlachter erkundigte — festgenommen und heute zu 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus als schwer rückfälliger Dieb verurteilt. — Ein alter Sünder. Der Lübecker Sp., schon oft und schwer, auch wegen Sittenverbrechens vorbestraft, hat sich mit seinen 71 Jahren wieder an schulpflichtigen Kindern zu vergehen versucht. Er wird zu 9 Monaten Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. Der Staatsanwalt wollte ihn für den „Rest seines Lebens" unschädlich machen und beantragte 1 Jahr Zuchthaus. — Ein Paar Stiefel nahm der Maurergeselle L. beim Betteln mit. Er erhält 4 Monate Gefängnis wegen Diebstahls, 6 Wochen Haft wegen Bettelns und wird nach verbüßter Strafe der Landespolizeibehörde überwiesen.

Schwankende Gesundheit. In der Woche vom 8. bis 14. Juni sind nach den Veröffentlichungen des Kaiserl. Gesundheitsamtes von je 1000 Einwohnern, auf das Jahr berechnet, als gestorben gemeldet in: Aachen 12.5, Altona 12.5, Augsburg 20.8, Barmen 12.7, Berlin 10.7, Berlin-Schöneberg 16.2, Berlin-Wilmersdorf 5.1, Bochum 13.8, Braunschweig 11.7, Bremen 12.4, Breslau 18.3, Charlottenburg 8.8, Chemnitz 11.6, Danzig 14.8, Dortmund 11.1, Dresden 12.0, Duisburg 7.7, Düsseldorf 10.3, Elberfeld 9.0, Erfurt 13.5, Essen 9.8, Frankfurt a. M. 9.4, Gelsenkirchen 12.3, Halle 18.7, Hamborn 15.2, Hamburg 10.8, Hannover 9.9, Karlsruhe 16.3, Kassel 11.3, Kiel 11.5, Köln 13.5, Königsberg 21.1, Krefeld 7.9, Leipzig 11.3, Lübeck 8.2, Magdeburg 15.9, Mainz 12.5, Mannheim 8.5, Mülheim a. d. R. 10.5, München 15.3, Neukölln 8.3, Nürnberg 13.4, Plauen i. V. 10.7, Posen 19.0, Saarbrücken 10.6, Stettin 15.0, Straßburg 15.7, Stuttgart 12.7, Wiesbaden 11.0, London 11.4, Paris 17.4, Wien 16.4.

Die Hundstagsferien nehmen heute ihren Anfang; sie dauern reichlich fünf Wochen. Erst am 5. August beginnt der Unterricht wieder.

Milchkolonie. Montag, den 30. Juni, um 2¼ Uhr, wird die fröhliche Schar zum ersten Mal in diesem Sommer wieder hinausziehen nach Israelsdorf, um sich rote Backen und blitzende Augen in der herrlichen Waldluft zu holen. Schade nur, daß doch noch immer so manches Kind zurückbleiben muß, weil die Zahl der Freikarten zu beschränkt ist im Verhältnis zu der Menge der Kinder, die sehnsüchtig auf eine Karte hoffen. Wer noch 6 Mark daran wenden will, einem armen Kinde eine Freude zu machen, der melde sich baldmöglichst, damit kein Tag ungenutzt verstreicht.

Lübecker Sommertheater. Man schreibt uns: Wie aus dem inserierten Wochenrepertoir ersichtlich, bringt uns die Direktion in der nächsten Woche den Operettenschlager „Filmzauber" am Montag, wozu alles aufgeboten ist, um diese Vorstellung so glänzend wie nur möglich zu gestalten. Dienstag ist die tadellose Vorstellung „Kater Lampe". Mittwoch „Filmzauber" zum zweiten Male und Donnerstag die gestern mit so lebhaftem Beifall aufgenommene „Versunkene Glocke". Freitag ist wieder eine Novität, bereits die zehnte innerhalb anderthalb Monaten und zwar das neue Lustspiel von Lothar Schmidt „Das Buch der Frau", welches überall Aufsehen erregt. Sonnabend ist der allbeliebte „Hüttenbesitzer" mit Herrn Hoß in der Titelrolle. Außer zu „Filmzauber" haben Dutzendkarten zu allen Vorstellungen Gültigkeit.

Hamburg. Die Zentralkommission für das Arbeiterbildungswesen in Hamburg-Altona und Umgegend erreichte im letzten Geschäftsjahr einen Etat von 76216,62 Mark. In den Kursen beschäftigte man sich mit Deutsch, Rechnen, Buchführung, Nationalökonomie, Geschichte, Literatur und politische Geschichte. Außerdem wurden Vortragszyklen veranstaltet. Im Winterhalbjahr fanden statt 15 naturwissenschaftliche Lichtbildervorträge, 30 volkswirtschaftliche, 18 geschichtliche, 10 pädagogische und 10 literaturgeschichtliche Vorträge. Den künstlerischen Veranstaltungen widmete die Kommission ihre besondere Aufmerksamkeit. Für die Kinder wurden in der Weihnachtszeit Märchen- und Lichtbilderabende veranstaltet. Die Zentral-Arbeiterbibliothek umfaßt gegenwärtig 11 645 Bände. In den 43 Abteilungen des Jugendbundes, der der Kommission unterstellt ist, fanden insgesamt 4710 Veranstaltungen statt, außer solchen für alle Mitglieder des Bundes. Der Arbeiterjugend stehen jetzt 8 eigene Lokale zur Verfügung. — Ein bürgerliches Blatt schrieb kürzlich: „Heute ist die Zentralkommission für das Arbeiterbildungswesen in Hamburg-Altona unzweifelhaft einer der wichtigsten Faktoren im Kulturleben Hamburgs und Altona."

Hamburg. Fleischvergiftung. Nach dem Genusse von gehacktem rohem Fleisch erkrankten Donnerstag auf St. Pauli und in Altona insgesamt 13 Personen. Ein in Altona wohnender Arzt, bei dem sich mehrere Personen unter den gleichartigen Erkrankungserscheinungen gemeldet hatten, hat dem Hamburger Medizinalamt Anzeige erstattet. Dieses stellte fest, daß auch in Hamburg eine Anzahl gleichartiger Erkrankungen vorgekommen sind und daß alle 13 Personen in einem Restaurant rohes Fleisch genossen hatten. Besonders schwer sind mehrere Angestellte des Restaurants erkrankt. Eine Köchin liegt in sehr ernstem Zustande im Allgemeinen Krankenhause.

Kiel. Revolver-Attentat. In der Dammstraße Nr. 32 gab Freitag mittag kurz nach 12 Uhr ein Obermaat drei Revolverschüsse auf ein junges dort wohnendes Mädchen ab und richtete dann die Waffe gegen sich. Der Obermaat starb auf der Stelle, das Mädchen lebt noch. Der Vorfall hat sich abgespielt in der zweiten Etage jenes Hauses. Das junge Mädchen ist die 19jährige Else Schünecke aus Swinemünde. Es war in Begleitung ihrer Schwester und Tante von Swinemünde nach Kiel gekommen, um die Verlobung mit dem Obermaschinisten Schmidt, ebenfalls aus Swinemünde, vom Kreuzer „Hamburg" aufzuheben. Bei der Auseinandersetzung schoß Schmidt auf das Mädchen, das zum Schutz die Hand vor das Gesicht hielt. Die Kugel drang durch die Hand und die Backe; die Verletzungen sind nicht lebensgefährlich. Dann tötete sich Schmidt selbst durch einen Schuß in den Kopf.

Schleswig. Wurst wider Wurst. Von dänischer Seite werden die Schikanierungen, denen dänische Staatsangehörige von preußischen Machthabern ausgesetzt sind, jetzt entsprechend beantwortet. Es waren Verhandlungen im Gange, nach denen das Luftschiff „Hansa" in Jerne bei Esbjerg landen sollte. Diese Verhandlungen sind nun von dänischer Seite abgebrochen worden mit dem Hinweis, daß infolge des unverständlichne Vorgehens des Landrats von Sonderburg in Dänemark, und besonders in den Grenzgebieten eine derartige Erbitterung gegen Deutschland erweckt worden sei, daß man wohl besser eine Provokation vermeiden werde, wie sie die Landung eines deutschen Luftschiffes auf dänischem Boden vorstellen könne.

Bremerhaven. Streik der Ladungsarbeiter des Norddeutschen Lloyd in Bremerhaven. Am 16. Juni wurden dem Generalunternehmer Hinsch Forderungen der Ladungsarbeiter unterbreitet, die sich im wesentlichen mit denjenigen decken, wie sie in den übrigen Hafenstädten Hamburg, Bremen und Bremerhaven seit Jahren schon eingeführt sind. An Stelle der Stundenlöhne sollten Tagelöhne gesetzt werden, wie sie in den übrigen Häfen schon längst üblich sind. Jetzt werden Stundenlöhne von 43, 45, 4[illegible] und 50 Pfg. bezahlt. Die Verhandlungen, die sowohl mit dem Unternehmer Hinsch sowie auch mit dem Direktor Stadtländer vom Norddeutschen Lloyd gepflogen wurden, haben kein Ergebnis gehabt, da die Herern es überhaupt ablehnen, an eine tarifliche Regelung der Arbeitsverhältnisse einzugehen. Auf die bestehenden Löhne sollte lediglich vom 1. Oktober ein Zuschlag von 2 Pfg. pro Stunde erfolgen. Merkwürdigerweise hatte aber der Lloyd resp. Hinsch dafür gesorgt, daß schon Tags vorher, wo die letzten Verhandlungen stattfanden, von anderer Seite kolportiert wurde, daß es 2 Pfg. Zulage geben würde. Dadurch war in ganz raffinierter Weise gegen die Verhandlungskommission Mißtrauen gesät worden. Erklärlicherweise gab es dann bei den Arbeitern kein Halten mehr und einmütig legten sämtliche Ladungsarbeiter die Arbeit nieder. Jedenfalls will der Lloyd resp. Herr Hinsch die ihm unbequeme Organisation, den Transportarbeiterverband — ähnlich wie in Emden — abzuschütteln versuchen. Daß der Lloyd die Sache vorbereitet hatte, beweist die Tatsache, daß bereits in der Nacht zum 27. Juni zwei Extrazüge mit Streikbrechern von Hamburg und Essen eintrafen. Wie es im Betriebe des Lloyd aussieht, illustriert die fernere Tatsache, daß auch sämtliche Vorarbeiter gestern morgen die Arbeit verlassen haben. Auch sie verlangen eine Regelung ihres Arbeitsverhältnisses. Wir bitten, den Zuzug nach Bremerhaven streng fernzuhalten! Lasse sich keiner Arbeiter anwerben, um dem Lloyd Heloten dienste zu leisten.

Theater und Musik.

Im Sommertheater in der Stadthalle ging gestern abend Gerhart Hauptmanns Märchendrama „Die versunkene Glocke" in Szene. Für Hauptmann haben die Prozeßpatrioten in den letzten Tagen durch das von ihnen erreichte Verbot seines Jahrhundertfestspiels eine so wirksame Reklame gemacht, daß der außerordentlich gute Besuch der Stadthalle bei der gestrigen Aufführung der „Versunkenen Glocke" niemand verwundern konnte. Außerdem ist dieses Märchendrama von echter Poesie erfüllt und auch dramatisch nicht unwirksam. Mit der Wiedergabe des Werkes an unserer Sommerbühne konnten auch anspruchsvolle Zuschauer sehr zufrieden sein. Die Inszenierung, die von Herrn Direktor Albert geschickt besorgt war, atmete etwas von dem geheimnisvollen, duftigen Rauschen des deutschen Märchenwaldes. Herr Hoß gab den Glockengießer Heinrich mit hinreißendem Schwung. Ein liebliches, inniges Rautendelein schuf Fräulein Wutke. Der lüsterne Waldschrat wurde von Herrn Wallis außerordentlich beweglich und lebendig gestaltet. Herr Albert hätte als Nickelmann noch wirkungsvoller sein können, wenn er die Kraft seines Organs etwas gedämpft hätte. Eine treffliche Leistung bot Frl. Vestel als alte Wittich. Befriedigend war Frl. Bally als Magda, während Herr Ambronn den Pfarrer viel zu farblos gab. Das Publikum dankte für die treffliche Vorstellung durch anhaltenden Beifall und Blumenspende.

P. L.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 27. Juni.

Auftrieb 4300 Schweine. Handel gut.

Es wurde gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara:

Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 65,00 bis 66,— (52,00 bis 53,—), mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., 65,— bis 66,— (52,— bis 53,—), Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 68,— bis 68,50 (53,— bis 53,50), gute leichte Ware unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 68,— bis 68,50 (53,— bis 53,50), geringere Ware, Tara 24 Proz., 62,— bis 66,— (47,— bis 50,00), Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 61,— bis 62,— (49,— bis 49,50), Sauen, 2. Qualität, Tara 20 Prozent, 56,— bis 60,— (43,50 bis 47,—).

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellin. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Garantiert unschädlich. Schont und erhält die Wäsche, da kein Reiben und Bürsten.
das selbsttätige Waschmittel
Ueberall erhältlich, niemals lose, nur in Original-Paketen.
Persil
Keine Seife und sonstige Waschzutaten erforderlich. Diese beeinträchtigen nur die Wirkung und verteuern unnütz den Gebrauch.
Der grosse Erfolg!
HENKEL & Co., DÜSSELDORF
Alleinige Fabrikanten auch der allbeliebten
Henkel's Bleich-Soda.
Vertreter: Albert Diedrich, Lübeck, Moislinger Allee 86.

Carl Folkers
Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
1) Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

Erstklassige Kautabake
v. Grimm & Triepel, Nordhausen
sind überall zu haben. 291

Zähne 1,80 M.

Keine Extraberechnung der Platte.

Ich leiste jede Garantie für guten Sitz und Brauchbarkeit. Damit ein jeder die absolute Garantie hat, daß keine höheren Preise als 1.80 Mk. mit Kautschukplatte pro Zahn berechnet werden, habe ich mich entschlossen,

300 Mk. Belohnung

zu zahlen, dem, der mir nachweist, daß ich höhere Preise berechne.

Großer Umsatz! Kleiner Nutzen!

Zahnziehen mit örtlicher Betäubung **1 Mk.**
speziell für nervöse und ängstliche Personen.

Dankschreiben.

Habe mir von Herrn Haus 7 Zähne ziehen lassen. Es war vollständig schmerzlos, ich werde dieses Atelier jedermann nur sehr empfehlen. Fr. R.

Herr Haus hat mir völlig schmerzlos 2 Zähne gezogen, ich hatte große Angst, es war aber gänzlich schmerzlos. Auch das Plombieren hat mir sehr gefallen. Fr. M.

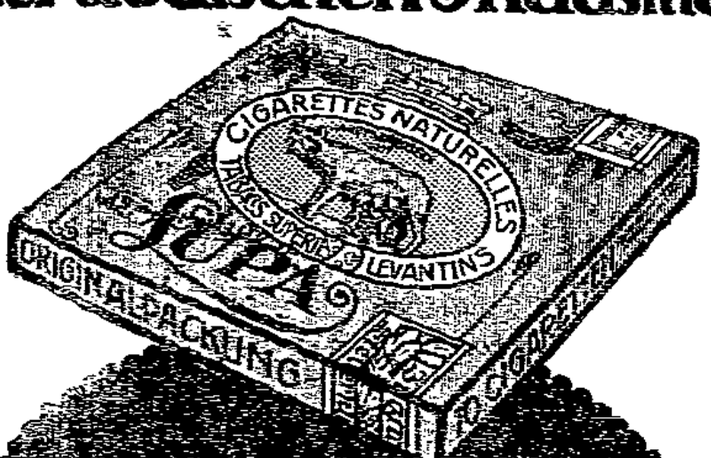
Preise:

Zähne mit echten Platinstiften, in geeigneten Fällen Diatorix	1.80
Zahn- oder Wurzelziehen kostenlos.	
Nervtöten pro Zahn	1.00
Zahn- oder Wurzelziehen mit örtlich. Betäubung	1.00
Goldklammern, 14kar. Gold	3.00
Plombe, Zement (Havard)	2.00
Silber-Amalgan-Plombe Ref.	2.50
Reparaturen	von 1.00 an
Ganzes Gebiß, 28 Zähne	50.00

Umarbeitung nicht sitzender Gebisse.
Wenden Sie sich vertrauensvoll nach meinem Atelier.
Ueberzeugung macht wahr! 5008

Zahn-Praxis Ernst Haus
Lübeck, Mühlenstraße 1-3, I. Etage, Am Klingenberg. Telephon 1703.

Ein Sieg der deutschen Industrie!



LUPA
Cigaretten
2 Pfg. das Stück
Oriental. Tabak- u. Cigaretten-Fabrik Yenidze, Dresden
Inh: Hugo Zietz, Hoflieferant S. M. d. Königs v. Sachsen.
4896

Alle Sorten
Weine und Spirituosen
auch im Kleinverkauf u. Ausschank
290) empfiehlt
J. Höppner, Beckergr. 66.

Eilt! Eilt!
Hannoversche Lotterie
bar Geld mit 90 Proz.
Ziehung am 4. u. 5. Juli
(schon diese Woche.)
Hauptgewinne i. W.:
50 000 Mark
20 000 Mark
10 000 Mark
5×1000 Mark
Preis des Loses 3 Mk. Porto und Liste auswärts 30 Pfennig extra.
Hermann Kersten
Lotteriegeschäft (4955
Lübeck, obere Hüxstr. 8. F. 1009.
Wandsbek, Hamburger Str. 33.

Jetzt beste Zeit
zur Eindeckung des Winterbedarfs in
Brennmaterialien
Für alle Sorten gelten
billigste Sommerpreise.
Preisliste gern zu Diensten.
Für richtiges Gewicht übernehme vollste Garantie.
Lieferung von nur erstklassigen langjährig erprobten Qualitäten, frei ins Haus. (5005
Christian Gäde
Fischergrube 4.
Fernsprecher 242.

Geschäftsübernahme.
Hierdurch zeige ich ergebenst daß ich am 1. Juli die
Wirtschaft
ackenburg. Allee 36
nehmen werde und bitte ich ch regen Zuspruch mein Unter- men gütigst zu unterstützen.
Ergebenst
Carl Böckmann,
früher Restaurant z. Reichspost, Schüsselbuden.

Achtung! 5066 Achtung!
Neue Schakekartoffeln 3 Pf. 20 u. 25 ₰
Gr. Matjes-Heringe Stück 10 ₰
Salatgurken von 10 bis 25 ₰
Fr. Metz, Königstraße 48 a.

Akademischen Unterricht in der Damenschneiderei,
Maßnehmen, Musterzeichnen und Zuschneiden sämtlicher Damen- und Kindergarderoben erteilt
Frau **Baisch,** Damenschneidermstr.
Schönkampstraße 8.
5064) Lehrzeit nach Belieben.

Gute Magnum-bonum-Eßkartoffeln 10 Pfd. **30 ₰**, gelbe blaue Eßkartoffeln 10 Pfd. **30 ₰**, gelbe Eierkartoffeln 10 Pfd. **40 ₰** empf.
5060 **C. Prestin,** Fleischhauerstr. 60.

Dauerwäsche
weiß und farbig
empfiehlt
Hermann Engel
Holstenstrasse 28. (4538

Messer & Waffen-Haus
Jesschau, LÜBECK Breite Str. 27.
5022

Achtung! Achtung!
Infolge eingeleiteter Verhandlungen ist die verhängte Sperre über nachfolgende Lokale hiermit
aufgehoben:
Fritz Hildebrand, „Alter Tivoli"; **Eggers,** Stavenstraße; **Fischbacher,** Schlumacherstraße; **Karl Schröder,** Lederstraße; **Hans Lembke,** Schmiedestraße 1; **Müller,** „Konzerthaus Friedrichshof", Schwartauer Allee; **M. J. Meyer,** Schwartauer Allee 10 a; **Wienke,** „St.-Lorenz-Kegelhalle", Waisenhofstraße; **Heinr. Ohde,** „Gesellschaftshaus Monopol", Johannisstraße 25; **Süfke** in Rensefeld. 5026
Verband der Gastwirtsgehilfen
Ortsverwaltung Lübeck.

Meierei-Tafel-Butter
allerfeinste nordschleswigsche 4963
Pfund 1.20 Mk.
Eier
große frische hiesige. Stück 7½ Pfg.
Friedrich Ohlsen
Buttergeschäft Hüxstraße 30.

Friedr. Paetau
27. Mühlenstraße 27.
5024 **ff. Spießbraten ff.**
Spießbratenschmalz 70 Pfg.
dicke Flomen Pfd. 70 Pfg.
ger. Schinkenstücke.

Willi Westfehling
empfiehlt 5086
Uhren Goldwaren
Silberwaren
32 Holstenstraße 32

Hintze & Stech
Größte Möbelfabrik Lübecks
empfehlen 882
Wohnungseinrichtungen.
Direkter Verkauf an Private zu billigen Preisen gegen bar in der Fabrik:
Moislinger Allee 60.

Preußische Lose
Ziehung 1. Klasse 9. und 10. Juli 1913
1/8 1/4 1/2 1/1
5.— 10.— 20.— 40.— vorrätig.
5065) **Falek,**
Fernspr. 58. Königl. Lotterie-Einnehmer.
Lübeck, Breite Straße 53, I. (Haus Freyholz)

Gelegenheitskauf mod. Garnitur f. nur 90 Mk., hochfeine Salongarnit. statt 225 Mk. nur 165 Mk. Musterlager **Wahmstr. 83.** Inhaber Fachmann, la. Referenzen. Schlafzimmer, Küchen, Vertikos, Buffets, Tische, Schreibtische, Spiegel, Trumeaus, Sofas, Stühle enorm billig. Plüschgarnit. f. 85 Mk. (2860

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 149. Sonnabend, den 28. Juni 1913. 20. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten".

Berlin, den 27. Juni 1913.
171. Sitzung. Vormittags 10 Uhr.
Am Bundesratstisch: v. Bethmann-Hollweg, Kühn.

Kurze Anfragen.

Dr. v. Gerlach (Z.) weist darauf hin, daß in Coeßfeld in Westf. einige Patres der Gesellschaft Jesu Exerzitien abgehalten haben und daß der Regierungspräsident von Münster die Coeßfelder Geistlichkeit aufgefordert habe, mit tunlichster Beschleunigung diese verbotswidrige Tätigkeit der Jesuitenpatres zu verhindern. Dieses Vorgehen des Regierungspräsidenten stehe im Widerspruch mit der Erklärung des Reichskanzlers, daß eine Änderung der bisherigen Praxis nicht herbeigeführt werden solle.

Ministerialdirektor Caspar: Eine völlig einheitliche Handhabung des Verfahrens in allen Teilen des Reichs herbeizuführen, ist schwer. (Lachen im Zentr.) Ein Vorwurf kann dem Regierungspräsidenten in Münster nicht gemacht werden, selbst wenn der vorliegende Fall von einer früheren Praxis abweichen würde. (Erneutes Lachen im Zentr.) In wieweit das der Fall ist, bedarf noch der Aufklärung. Der Reichskanzler ist nach wie vor der Ansicht, daß Verschärfungen der früherne Praxis vermieden werden müssen. Der Reichskanzler hat den vorliegenden Fall zum Anlaß genommen, erneut mit dem Minister des Innern die Sachlage zu prüfen, damit eine gleichmäßige, mit der früheren Handhabung übereinstimmende Praxis für Preußen gesichert wird.

Brey (SD.) fragt, ob dem Reichskanzler die Ursachen der zahlreichen Erkrankungen der Mannschaften im 78. Infanterieregiment zu Osnabrück bekannt sind und welche Anordnungen getroffen sind, um Wiederholungen solcher Erkrankungen vorzubeugen?

Generaloberarzt Schultz: Im ersten Bataillon des 78. Regiments sind 293, im zweiten Bataillon 49 Mann erkrankt. Mit Ausnahme zweier Fälle von Herzschwäche war der Verlauf der Erkrankungen ein leichter. Die Ursache der Erkrankungen hat sich bisher nicht mit Sicherheit feststellen lassen. Als vermutliche Ursache wird der Genuß von Fleisch angesehen, das nach tierärztlicher Untersuchung als gesund erschien. Auch in der Bürgerschaft sind einige Erkrankungen vorgekommen. Erkrankt ist auch ein Major, der das Mannschaftsessen gekostet und geprüft hat. Eine Metallvergiftung kann nach dem Verlauf der Krankheit als ausgeschlossen betrachtet werden. Das Tier, dessen Fleisch die Erkrankung hervorgerufen haben könnte, hatte ein gesundes Aussehen, eine Notschlachtung war nicht vorgenommen worden. Auch eine Besichtigung des Schlachthauses zeigte ein durchaus einwandfreies Ergebnis. Die gesetzlichen Vorschriften sind damit erfüllt. Wenn trotzdem das Fleisch die Gesundheitsschädigung hervorgerufen hat, so liegt hier ein Fall vor, der nach dem gegenwärtigen Stande der Wissenschaft trotz aller Vorsichtsmaßnahmen nicht verhütet werden konnte.

Dr. Weill (SD.) fragt: Ist der Reichskanzler in der Lage, darüber Auskunft zu geben, ob die in der französischen Presse verbreitete Nachricht zutrifft, daß neuerdings deutsche Truppen in Kamerun ein verlustreiches Gefecht gehabt haben?

Direktor im Reichskolonialamt Dr. Gleim: Von einem Zusammenstoß, wie ihn die französischen Blätter gemeldet haben, ist weder beim Kolonialamt noch beim Gouvernement von Kamerun, von dem sofort telegraphischer Bericht eingefordert wurde, etwas bekannt. Es darf mit Sicherheit angenommen werden, daß eine Verwechslung mit dem früheren Gefecht vorliegt, in dem am 17. April der Unteroffizier Sivertsen gefallen ist. Diese Nachricht war jedoch bereits anfangs Mai hier verbreitet.

Dr. Liebknecht (SD.): Was hat der Reichskanzler zur Ausführung des in der Reichstagssitzung vom 23. April d. J. gefaßten Beschlusses betr. Berufung einer Kommission zur Prüfung der Rüstungslieferungen veranlaßt? Wie wird die Kommission im einzelnen zusammengesetzt sein? Wann soll sie zusammentreten?

Geheimrat Lehmann: Der Reichskanzler hat den Staatssekretär des Innern mit den Vorbereitungen für die Bildung der Kommission und demnächst mit der Leitung ihrer Verhandlungen beauftragt. Der Staatssekretär hat sich mit den Parteien wegen der Auswahl der Mitglieder in Verbindung gesetzt. Über die Zusammensetzung der Kommission schweben zurzeit noch die Erörterungen der beteiligten Ressorts. Die Kommission wird voraussichtlich nach Ende des Sommerurlaubs im Herbst zusammentreten.

Ein von allen Parteien des Hauses eingebrachter Gesetzentwurf zur Gleichstellung der Lehrer und Erzieher, die privaten Einzelunterricht erteilen, mit den im Versicherungsgesetz für Angestellte berücksichtigten Lehrern und Erziehern an nichtöffentlichen Schulen oder Anstalten, wird ohne Debatte in allen drei Lesungen angenommen.

Die Genehmigung zur Einleitung einer Privatklage gegen den Abg. Dr. Blunck (Vp.) wegen Beleidigung wird entsprechend dem Antrag der Geschäftsordnungskommission nicht erteilt.

Deckungsvorlagen.

Es liegt ein Antrag des Grafen Westarp (K.) vor, die von der Kommission gestrichenen ersten beiden Paragraphen des Finanzgesetzes wiederherzustellen. Es handelt sich dabei darum, die Besitzsteuer durch eine Erhöhung der Matrikularbeiträge aufzubringen, und zwar sollten die Bundesstaaten den auf sie entfallenden Anteil durch eine allgemeine Besteuerung des Vermögens, des Einkommens oder der Erbschaften allein oder nebeneinander bei sich einführen, oder wenn sie derartige Steuern schon haben, sie eventuell erhöhen.

Bassermann (NL.): Wir werden dem Besitzsteuergesetz, so wie es die Kommission angenommen hat, zustimmen. Wir verwerfen die Veredelung der Matrikularbeiträge keineswegs an sich, aber nach dem Vorschlag der Regierung wäre die Deckung einfach vom Reich auf die Einzelstaaten abgewälzt worden, die unter den größten Schwierigkeiten neue Finanzgesetze machen müßten. Daß den Einzelstaaten vorgeschrieben werden sollte, wie sie ihre Landesgesetze zu machen haben, wäre ein sehr starker Eingriff in die finanzielle Selbständigkeit der Einzelstaaten gewesen. Eine Stärkung des Reichsgedankens wäre dadurch nicht herbeigeführt worden. (Sehr richtig! bei den Natlib.) Bei der großen patriotischen Notwendigkeit der Deckung der Heeresvorlage mußte eine Einigung herbeigeführt werden. An die Stelle der veredelten Matrikularbeiträge konnten 80 Millionen Erbanfallsteuer gesetzt werden, aber über die anderen 120 Millionen war eine Einigung nicht vorhanden, denn der Reichsvermögenssteuer stand das „Unannehmbar" des Reichskanzlers gegenüber. Ein Teil von uns stimmt auch nur für die Zuwachssteuer, weil sie ein Teil der ganzen Deckungsvorlage ist. In einer Resolution verlangen wir für später eine Uebersicht über die Lastenverteilung. Die Aufhebung des Scheckstempels und der Grundwertzuwachssteuer sind Vorteile dieser Vorlage. Vermeiden wir allen Parteistreit und zeigen wir unseren patriotischen Mehrheitswillen. (Beifall bei den bürgerl. Parteien.)

Dr. Südekum (SD.): Wir sehen in der Wehrvorlage nach wie vor nicht eine Sicherung, sondern eine Gefahr für das Vaterland, und werden sie aus richtig verstandenem Patriotismus ablehnen. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) Wir haben von Anfang an erklärt, daß, wenn es uns mit aller uns zu Gebote stehenden Kraft nicht möglich ist, die Wehrvorlage zu verhindern, wir alles daransetzen werden, daß bei der Deckung die Lasten den Besitzenden auferlegt werden, die nicht müde werden, nach neuen Wehrvorlagen zu schreien, und die es bisher verstanden haben, alle Rüstungslasten durch indirekte Steuern und Matrikularbeiträge den Minderbemittelten aufzuerlegen. (Sehr wahr! b. d. Soz. Widerspruch rechts.) Wir halten fest an der Streichung der veredelten Matrikularbeiträge, denn nur dadurch wird der Weg für die Besitzbesteuerung frei. Die Matrikularbeiträge sind eine ungerechte, reich und arm mit dem gleichen Betrag belastende Kopfsteuer, und ihr einziger Vorteil ist ein wenigstens scheinbares Einnahmebewilligungsrecht des Reichstags. Wenn die veredelten Matrikularbeiträge auch etwas besser umgelegt werden sollten, so müssen sie doch aus dem Weg geschafft werden, um für die Zukunft die direkte Besitzbesteuerung zu ermöglichen. Unsere alte Forderung einer direkten Reichseinkommens- Vermögens- und Erbschaftssteuer ist in dieser Vorlage nicht im vollen Umfang erfüllt, aber in gewissem Umfang wird ihr Rechnung getragen, und das ist eine Folge unserer 110 Mandate und 4½ Millionen Stimmen. Die Kommissionsbeschlüsse nähern sich unserer Forderung mehr wie die Regierungsvorlage, denn in dieser war die Besteuerung des Kindeserbes nur fakultativ eingeführt. Das Zentrum, dessen Presse zur Begründung des Stellungswechsels zur Erbanfallsteuer jetzt das Möglichste an Gliederverrenkung leistet, gibt zu, daß seine damals gegen die Erbanfallsteuer vorgebrachten Gründe nicht die wirklichen Ablehnungsgründe waren, sondern daß es die Regierung aus politischen Gründen stürzen wollte. Wenn das Zentrum sich jetzt anders stellt, so offenbar unter dem Eindruck, daß man gegen den außerordentlichen Druck des Anwachsens der Sozialdemokratie mit einer dauernden Ablehnung der Besteuerung des Kindeserbes nicht werde Seide spinnen können. (Lachen im Ztr., Zust. b. d. Soz.) Herr Bassermann mache ich darauf aufmerksam, daß nur die Nationalliberalen daran schuld sind, wenn nicht eine Mehrheit für die reine Reichsvermögens- und Erbschaftssteuer zustandegekommen ist. Wir erkennen an, daß das Bedenken gegen die reine Vermögenssteuer, daß sie die wirklich vorwärtstreibenden volkswirtschaftlichen Elemente und die städtische Bevölkerung härter träfe, als die ländliche, nicht unberechtigt ist. Aber, was an der vorgeschlagenen Zuwachssteuer unsozial ist, fällt uns nicht zur Last, was an ihr gut ist, können wir auf unser Konto schreiben. (Gr. Gelächter rechts und im Ztr.) Es liegt auf der Hand, daß nur unter dem Druck der Sozialdemokratie die Besitzbesteuerung jetzt möglich geworden ist und daß nur infolge des Versagens der Nationalliberalen nicht die reine Vermögens- und Erbschaftssteuer kommt. Ich bin also berechtigt, zu sagen, was ich soeben gesagt habe. (Sehr wahr! b. d. Soz. Hört, hört! rechts.) Die Kommissionsbeschlüsse bergen den Keim der Verbesserung in sich. (Stürm. Hört, hört! rechts.) „Kreuzzeitung" und „Deutsche Tageszeitung" erkennen ausdrücklich an, daß die Kommissionsbeschlüsse die direkte Reichseinkommens- und Vermögenssteuer bedeuten. In diesem Gesetz ist allerdings eine Abkehr von der früheren Finanzpolitik des Reiches festzustellen (Zust. rechts und b. d. Soz.), die Rüstungslasten ausschließlich auf die Rüstungsgegner zu werfen und auf die Besitzlosen. Die Kommissionsbeschlüsse besteuern das Kindeserbe und die führenden Kreise des Besitzes werden dafür sorgen, daß die Frage der Reichsvermögens- und Einkommensteuer immer mehr in den politischen Vordergrund gerückt wird. Wir fordern sie und ihre Ergänzung durch die Erbanfallsteuer, um jede Steuerhinterziehung zu verhindern, und wir bitten deshalb, den Antrag Westarp abzulehnen und es bei den Kommissionsbeschlüssen zu lassen. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Ein konservativer Antrag auf namentliche Abstimmung über den Antrag Westarp wird genügend unterstützt.

Graf v. Schwerin-Löwitz (K.): Wir bedauern, daß die Regierung ihre Vorlage selbst nicht mit der nötigen Entschiedenheit vertreten hat. Nach der Reichsverfassung sind die Ausgaben des Reichs in erster Linie durch die Bundesstaaten und durch die Zölle aufzubringen. Die Regierungen haben immer erklärt, daß eine direkte Reichsvermögens- und Einkommenssteuer die Reichsverfassung an der Wurzel treffen würde. Daran, daß eine so große Wehrvorlage lediglich durch eine Besitzsteuer gedeckt werden müsse, hat seinerzeit bei dem Antrag Bassermann-Erzberger niemand gedacht. Die Vorlage entspricht auch nicht dem Sinne Bismarcks. Wir haben auch schwere Bedenken gegen die subsidiäre Besitzsteuer, aber wir sind bereit, die Lasten auf den Besitz zu nehmen, jedoch sind wir dagegen, daß man die Selbständigkeit der Bundesstaaten angreift. Die freudige Zustimmung der Sozialdemokraten zeigt, wohin die Besitzsteuer führt. Sie ist in der Tat eine Kombination von Reichseinkommen- und Reichserbschaftssteuer, und bedeutet eine Besteuerung der Sparsamkeit. Wie kann die Regierung entgegen ihrer früheren Haltung jetzt zustimmen? War es ihr nicht ernst mit ihrer Vorlage? Ich hoffe, daß der Reichskanzler doch noch für seine Vorlage eintreten wird. Das Kompromiß macht den Bundesstaaten die Erfüllung ihrer Kulturaufgaben unmöglich zugunsten

---

Müllerliebe.

Roman von George Sand.
Deutsch von Heinrich Hesse.

(16. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Soviel ist sicher, Ihr Brot ist prächtig!" sagte Marcella, ebensowohl, um den persönlichen Wert des Müllers hervorzuheben, als auch um Brikolins Eitelkeit zu befriedigen.

„Ach Gott, wieviel Sorgen um ein Auge mehr oder weniger in dem Brot und um einen Scheffel mehr oder weniger die Woche!" rief Frau Brikolin aus. „Wo wir doch viel näher Müller und Mühlen haben, gehen wir zu einem Menschen, der eine Metle weit weg wohnt!"

„Was geht dich das an?" fragte Brikolin, „wo er doch die Säcke abholt und wiederbringt, ohne ein Körnchen mehr zu nehmen als die Mahlmetze?*) Uebrigens hat er eine schöne und gute Mühle mit zwei großen neuen Rädern und einem großen Teich, der das Wasser aufspart, an dem es ihm niemals fehlt. Es ist recht angenehm, wenn man nie zu warten braucht."

„Und dann . . . weil er weit herkommt," sagte die Pächterin, „glaubst du stets verpflichtet zu sein, ihn zum Mittagessen oder zum Vesper einzuladen — das nenne ich sparsam sein!"

Der eintretende Müller machte diesem ehelichen Zwiste ein Ende. Als seine Frau grollte, begnügte Brikolin sich damit, die Achseln leicht zu zucken und ein wenig schneller zu sprechen wie gewöhnlich. Er verzieh ihr die bissige Laune, weil die Tätigkeit und die kleinliche Sparsamkeit seiner Haushälterin ihm sehr zum Vorteil gereichte.

„Nun doch, Rosa!" herrschte Frau Brikolin ihre Tochter an, die mit Ludwig eintrat, „wir erwarten dich, um uns zu Tisch zu setzen. Du hättest den Müller durch Franziska rufen lassen können, anstatt selbst umherzulaufen."

„Vater hat es mir ja befohlen."

„Und ohne mich würdest du sicher nicht wiedergekommen sein!" flüsterte der Müller dem jungen Mädchen leise ins Ohr.

„Du sagst das, um mir zu danken, da ich deinethalben gescholten werde?" antwortete Rosa mit gleichem Tone.

Marcella konnte nicht verstehen, was sie sich zuraunten, aber diese flüchtig gewechselten Worte, Rosas Erröten und Ludwigs Rührung bestärkten sie in dem Verdacht, den die Abneigung der Frau Brikolin für den armen Müller in ihr wachgerufen: die schöne Rosa war der Gegenstand der Gedanken des Müllers von Angibault.

XI.

Marcella wünschte nichts sehnlicher, als den Herzensinteressen ihres neuen Freundes zu dienen, und da sie die Gefahr für Fräulein Brikolin nicht sah — schienen doch ihr Vater und ihre Großmutter den Müller zu begünstigen! — sprach sie während der Mahlzeit viel mit ihr und wandte das Gespräch Dingen zu, in denen ihre Bildung und Intelligenz sie der ganzen Familie Brikolin, vielleicht der anmutigen Rosa selbst überlegen machte. In der Landwirtschaft, mehr als Naturwissenschaft betrachtet denn als einen Versuch des Handels, in der Politik, betrachtet als das Suchen nach dem Glück und der menschlichen Gerechtigkeit, und in der Religion und Moral besaß Ludwig elementare, doch gerechte, hohe, von dem gesunden Menschenverstande, dem Scharfblick und dem Seelenadel eingegebene Begriffe, die man auf dem Pachthofe nie zu ergründen gesucht. Die Gegenstände des Gespräches waren bei den Brikolins stets nur alltägliche Dinge, und der ganze Geist, der dabei zum Vorschein kam, erging sich in verleumderischen und wenig mitleidigen Reden gegen den Nächsten. Ludwig aber, der weder Gemeinplätze noch Schlechtigkeiten liebte, hatte seine Fähigkeiten nie erkennen lassen. Brikolins hatten bestimmt, er sei so riesig dumm wie alle schönen Männer, und Rosa, der er stets erschienen war als ein furchtsamer oder unzufriedener, das heißt neckfüchtiger oder schüchterner Verliebter, konnte seinen Mangel an Geist nur entschuldigen, indem sie sein prächtiges Herz rühmte. Man war daher anfänglich ein wenig erstaunt, zu sehen, wie die Baronin mit Vorliebe mit ihm plauderte, und als sie ihn so weit gebracht, daß er die Verwirrung vergaß, die Rosas Gegenwart und das Uebelwollen ihrer Mutter ihm verursachte, war man noch mehr erstaunt, ihn so sprechen zu hören. Und Brikolin, der die Liebe des Müllers für seine Tochter nicht im entferntesten ahnte und ihm wohlwollend zuhörte, konnte seine Verwunderung nicht verhehlen — vier- oder fünfmal schlug er mit der Faust auf den Tisch und rief:

„Du . . . du weißt das also? . . . Wo zum Teufel hast du das alles aufgefischt?"

„Bah . . . im Wasser!" antwortete Ludwig heiter.

Als sie den Erfolg ihres Feindes sehen mußte, hüllte sich Frau Brikolin nach und nach in düsteres Schweigen — sie faßte den Entschluß, ihren Mann noch heute abend von der Entdeckung in Kenntnis zu setzen, die sie gemacht oder glaubte gemacht zu haben über die Gefühle des Bauern für „sein Fräulein".

Was die alte Mutter Brikolin anbetraf, so verstand sie von dem Gespräch auch nicht das geringste. Doch sie fand, der Müller rede wie ein Buch, weil er ohne zu zögern und sich zu besinnen oft mehrere Sätze hintereinander sprach.

Rosa schien nicht zuzuhören, doch entging ihr kein Wort. Und unwillkürlich hefteten sich ihre Blicke auf Ludwig . . .

Noch ein fünfter Brikolin war da, auf den Marcella nur wenig acht gab. Es war der alte Vater Brikolin, bäuerlich gekleidet wie seine Frau — er aß, sagte nichts und schien auch nicht mehr zu denken. Er war fast taub und erblindet — sie hielt ihn für völlig schwachsinnig. Seine alte Frau hatte ihn zu Tisch geführt wie ein Kind. Sie beschäftigte sich viel mit ihm, füllte ihm den Teller und das Glas und entfernte die Krume von seinem Brot — da er keine Zähne mehr hatte, konnte er mit dem verhärteten und unempfindlichen Zahnfleisch nur noch die weichen Krusten zerkleinern. Sie sprach kein Wort mit ihm, wie wenn dies verlorene Mühe gewesen wäre. Doch als er sich setzte, gab sie ihm zu verstehen, daß er um der Frau Baronin willen den Hut abnehmen müsse. Er gehorchte, schien aber nicht zu begreifen warum, und setzte ihn sofort wieder auf — eine Freiheit, die Brikolin und sein Sohn sich nach landläufiger Sitte erlaubten. Doch der Müller, der diese Gewohnheit am Morgen in der Mühle beibehalten, steckte seine Mütze in die Tasche, ohne daß man es bemerkt hätte — er war der Spielball eines neuen inneren Gefühls, der Ehrerbietung, die Marcella ihm für Frauen einflößte, und der Furcht, er möchte zum erstenmal in seinem Leben als ein Geck erscheinen.

Aber obgleich er den Müller bewunderte, war Brikolin doch bald ganz anderer Meinung. In der Ackerwirtschaft, behauptete er, gäbe es nichts neues zu versuchen, die Gelehrten hätten nie etwas entdeckt . . . wolle man Neuerungen einführen, so ruiniere man sich stets . . . seit der Erschaffung der Welt bis heutzutage sei es immer so gemacht worden, und nie werde man es besser machen können.

„Gut . . ." sagte der Müller. „Und die ersten, die die Arbeit getan wie wir sie heute verrichten, jene, die den Ochsen angespannt haben, um dem Samen den Boden zu bereiten — sie versuchten dennoch etwas Neues, und man hätte sie daran hindern können, wenn man sich vorgeredet hätte, ein niemals bebautes Feld dürfe nie fruchtbar gemacht werden? . . . Genau so ist's in der Politik."

„Sagen Sie, Herr Brikolin, wenn man Ihnen vor hundertundfünfzig Jahren gesagt hätte, es würde heute keine Feudalrechte mehr geben, die Klöster würden aufgehoben und zerstört sein . . ." (Fortsetzung folgt.)

*) Die Müller im Schwarzen Tal werden nie mit Geld bezahlt — mehr oder weniger ehrlich nehmen sie einen Teil des Korns anstatt des Mahlgeldes an sich, doch sind sie im allgemeinen ehrlicher, als Brikolin es behauptete. Wenn sie viel zu tun haben, übersteigt der Verdienst an Getreide den eigenen Verbrauch, und sie können so einen kleinen Kornhandel anfangen.

gleichmacherischen Tendenz, wie sie nur im Sinn der aldemokratie liegt. Wenn Sie unseren Antrag ablehnen, lehnen wir die verhängnisvollen Folgen ab, welche die sgabe der verfassungsrechtlichen Grundlagen des Reichs endig nach sich ziehen muß. (Stürm. Beifall rechts.)

Reichsschatzsekretär Kühn: Die Regierungen müssen jetzt Konsequenzen aus dem Besitzsteuerantrag Bassermann-erger ziehen, dem sie zugestimmt haben. Trotz aller Be-en tun wir das, um das große Werk mit allseitiger Zu-nung zustandezubringen, und in voller Anerkennung der utung des Reichstags als dem andern Faktor der Gesetz-ng, allerdings auch in der Voraussetzung, nun nicht mehr ezug auf die Steuergebiete, die den Regierungen ver-en, weiter eingeengt zu werden. (Lachen rechts.) Die heuren Lasten, welche die Nation jetzt auf sich ladet, dürf-on jedem ihrer Glieder gefühlt werden, ob es direkt zur er herangezogen wird oder nicht. Wenn der Reichstag Kommissionsbeschlüssen zustimmt und sich dadurch die Aus-auf eine befriedigende Lösung eröffnen sollte, so werden Regierungen ihre ernsten Bedenken erneut prüfen. Ueber-hat uns, daß der sozialdemokratische Redner die Besitz-als das Werk seiner Partei hinstellte; der Bundesrat mit der Vorlage zwar soziale, aber nicht sozialistische Ten-n verfolgt. Gegenüber dem Tadel des Vorredners an der ung der Regierungsvertreter stelle ich fest, daß noch nie nem großen Steuergesetz so einmütig und so bereitwillig llen Seiten mitgearbeitet worden ist, wie hier, und (mit ener Stimme): das ist ein Moment, mit dem die Re-ngen auch zu rechnen haben. (Lebh. Beifall links.)

. Payer (VP.): Nicht freudig, wie Herr Bassermann, n aus vaterländischer Pflicht haben wir der Wehrvor-zugestimmt. Da die Erbanfallsteuer in dem Kompromisse ch enthalten ist, ist das Ziel unserer Kämpfe erreicht. die Reichsvermögenssteuer sträubte sich die Regierung. egrüße es, daß die Bundesstaaten dem Kompromiß zu-en, trotzdem es in die Selbständigkeit der Bundesstaaten eift. Die Rede des Grafen Schwerin zeigt uns, daß wir em rechten Wege sind. Die Behauptung, daß die Ver-ungen der Vorlage ausschließlich ein Verdienst der So-mokraten seien, weise ich zurück; wir andern waren be-die Vorlage sozial und gerecht auszugestalten. Allen duellen Unterschieden kann die Vermögenszuwachssteuer gerecht werden. Gegenüber den konservativen Drohungen wir es für richtig, die Regierung nicht wegen der elnden Vorbereitung der öffentlichen Meinung anzu-n. Der Bundesrat muß jetzt sparen und darf nicht im en Jahr wieder mit einer Marinevorlage, dann wieder iner Militärvorlage kommen, denn wir sind an der e unserer Leistungsfähigkeit. Sollten trotzdem neue ge kommen, dann werden wir mit dem Flickwerk nicht nskommen, dann wird der Eingriff in die Selbständig-r Bundesstaaten erfolgen müssen. Das erfreulichste an Kompromiß ist, daß nun endlich mit dem bestimmenden ß der Konservativen auf die Steuerpolitik ein Ende r ist. (Lebh. Beifall b. d. Bpt.)

ch ulz (RP.): Die begeisterte Zustimmung der Sozial-cratie zeigt, daß sie auf der ganzen Linie Siegerin ist. Im aber hat die Vermögenszuwachssteuer große Auf-hervorgerufen, gerade auch in liberalen Kreisen, denn ft die Sparer. Wer hätte noch 1909 gedacht, daß die aarlichen Finanzminister nicht mehr Kraft aufbringen , ich fürchte, die Regierung wird auf der abschüssigen nicht mehr halt machen können. (Zust. rechts. Hitt. Wir halten fest an Bismarcks bewährter Finanzpolitik. ll rechts.)

. Südekum (SD.) bemerkt gegenüber v. Payer, daß n alle Verbesserungen, wohl aber den Grundgedanken rlage für die Sozialdemokratie in Anspruch genommen Der Besitzsteuergedanke gebührt uns, seine schlechte rung den andern Parteien. (Sehr gut! b. d. Soz.) ür kommen nach englischem Muster unsere Minister ch einmal dazu, zu sagen: Wir sind ja alle ein bißchen sten. Die Besitzbesteuerung ist nicht nur ein sozialer, n ein sozialdemokratischer Gedanke. (Sehr richtig! b. d. nd rechts.) Die Konservativen sprechen soviel von der hoheit der Bundesstaaten, aber 1911 war Graf Westarp rige Befürworter des Reichswertzuwachssteuergesetzes. ahre Motiv ist in den Worten des Herrn v. Heyde-ausgesprochen, daß man dem aus einem demokratischen ehr hervorgegangenen Reichstag nicht das Ver-strecken über das Portemonnaie der Besitzenden geben (Lebh. Zust. links.) Die Rechte prophezeit den Welt-ng, dann ihr die andern helfen, daß alles so bleibt wie daß Sie die Ausgaben bewilligen, und das arbeitende s bezahlt. Manche der finanzpolitischen Bedenken des Schulz teilen wir, deshalb haben wir uns keineswegs eger aufgespielt. Darin hat er recht, daß zwischen nd 1913 noch 1912 liegt! (Sehr gut! b. d. Soz.) Wenn es ns ginge, wird Herr Schulz noch mehr solcher blauen r erleben, denn vor uns liegt auch noch die Neuge-g unserer Handelspolitik. (Lebh. Bravo! b. d. Soz.)

Reichsschatzsekretär Kühn antwortet dem Abg. Schulz, enn das Gesetz mit dem Wohlergehen des Reiches un-bar wäre, der Bundesrat ihm niemals zustimmen

mit schließt die Debatte. Der Antrag Graf Westarp namentlicher Abstimmung mit 272 gegen 91 Stimmen Enthaltungen abgelehnt.

ch § 3a wird das Gesetz über die weitere Ermäßigung Steuer aufgehoben.

Lenz (Rk.) berichtet ausführlich über die Brüsseler ention, wird dabei von dem Vizepräsidenten Dove holt, aber nur sachlich gestutzt, und verlangt, daß industrie die Waffe des Kartells wiedergegeben da sie unter der Steuer schwer leidet.

urm (SD.): Der Zuckerindustrie ist nur durch Be-ung der Zuckerrüben zu helfen, denn dadurch würde der Kartell gewaltig in die Höhe gehen, was bei dem Bedarf des Zuckers auch im Interesse der Volks-heit sehr zu bedauern wäre. Jede Arbeiterfamilie zahlt 10 M. Zuckersteuer! Die seinerzeitige Ermäßigung Zuckerpreises bei den Verbrauch von 13 auf 19 Kg. pro Kopf. Der Kern des Zuckers als Nahrungsmittel er-auch die Heeresverwaltung an, die den Soldaten bei Manöver Zucker gibt. Die Brüsseler Konvention war Folge der Sonderbesteuerung der deutschen Zuckerfabri-auf dem Weltmarkt. Der Vorredner hat nur die In-der Zuckerindustrie vertreten. Das Kartell würde die ern ausplündern. Standhaft ist die ewige Hin-ung der Ermäßigung der Zuckersteuer. Jetzt nun aber das „Kanonenfutter", weil man sonst die 40 Millio-n der Besitzenden nehmen müßte. Wir verlangen die ung des Reichstags auf Ermäßigung der Zuckersteuer, das Volk endlich billigeren Zucker erhält. Wir bean-den die Streichung des § 2a. (Beifall bei den Soz.)

. v. Carmer-Zieserwitz (K.) beantragt, die Herab-der Zuckersteuer am 1. April 1913 eintreten zu lassen.

Reeding (Wildp.): Die Sozialdemokraten hätten gern gesehen, die Herabsetzung der Zuckersteuer zu er-

Lenz (Rk.): Die internationalen Sozialdemokraten dafür besorgt, daß der Zucker in allen Staaten gleich teuer werde, wir sehen auch, daß nicht die reichste Zucker-die meisten Vorteile erreichen kann wie die

urm (SD.): Wir werden uns die größte Mühe geben, Herabsetzung der Zölle und der Nationalliberalen zu ent-

sprechen, hoffentlich tun diese Parteien dann mit. Der Nationalliberale Paasche ist mitschuldig an der Zuckerprämienwirtschaft. Solange wir die Mehrheit nicht haben, können wir allein die Gesetze nicht machen. (Beifall bei den Soz.)

Unter Ablehnung aller Anträge wird § 3a aufrecht erhalten.

§ 4 sieht die Erhöhung des Kriegsschatzes in Spandau (Juliusturm) durch Prägung weiterer 120 Millionen Silbermünzen vor.

Dr. Arendt (Rpt.) warnt vor dieser Verschlechterung des Goldumlaufs und vor der Ausgabe weiterer Reichskassenscheine zu 5 Mk. und 10 Mk.; er tadelt die Häßlichkeit der Jubiläumsmünzen, von denen man aber doch hätte mehr prägen sollen, da sie viel verlangt werden.

Molkenbuhr (SD.): Unser Wirtschaftsleben wird von dem hohen Bankdiskont stark bedroht, der darin wurzelt, daß die Goldauszahlungen nicht Schritt halten mit der industriellen Entwicklung und dem dadurch gesteigerten Geldbedarf. Es wird behauptet, daß das meiste Gold die Leute im Portemonnaie tragen, weshalb man kleine Kassenscheine ausgegeben hat, um das Gold in die Bank zu ziehen. Jetzt soll nun wieder die Goldreserve um über 100 Millionen verringert werden, was den Diskont wieder erhöhen wird. Wenn man im Kriegsfall das Gold in der Bank zurückhält, so wäre das eine Aufhebung des Münzgesetzes, das jedermann den Anspruch gibt, in Summen über 20 Mk. Gold zu erhalten. Wir stimmen gegen diesen Paragraphen.

§ 4 wird angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes über Aenderungen im Finanzwesen.

Es folgt das Vermögenszuwachssteuergesetz.

Arnstadt (K.) befürwortet einen Antrag, das Kindeserbe aus der Besteuerung herauszulassen, sonst werde ein Anfang zur Ausdehnung der Reichserbschaftssteuer auf Kinder und Ehegatten gemacht, was zur Mobilisierung des ländlichen Grundbesitzes und zum Ruin der Bauern führen müsse. (Lachen links.)

Dr. David (SD.): Die Schmerzkundgebungen der Rechten sind nur durch diese Besteuerung des Kindeserbes verursacht. Der Vorredner meinte, das Kindeserbe sei kein Vermögenszuwachs, danach ginge also dem von seinem Vater enterbten Kinde nichts verloren! (Gr. Heiterkeit.) Jetzt haben Sie die Sühne dafür, daß Sie 1909 nicht das mildere Gesetz angenommen haben. Die Besteuerung des Kindeserbes war von uns schon 1906 beantragt, aber abgelehnt worden. 1909 wurde unser Antrag als Regierungsvorlage eingebracht (Zuruf rechts: Leider!), im Sinne der Gerechtigkeit gewiß nicht leider. (Zust. bei den Soz.) Heute werden Sie den Antrag nicht wieder ablehnen, ebenso wie Sie heute für die Erhöhung der Erbschaftssteuer bei Seitenverwandten stimmen werden, die wir 1906 und 1909 vergeblich beantragt hatten, was Fürst Bülow als nicht ernst zu nehmende Phantasie bezeichnete! 1907 waren wir die Niedergerittenen, heute sitzen die Niedergerittenen auf der rechten Seite und sie sind niedergeritten, weil sie ihren Mandatsgewinn von 1907 zu einer der Gerechtigkeit widersprechenden Steuergesetzgebung ausgenutzt haben. Wenn die Rechte die Mehrheit hätte, würde sie jetzt wieder indirekte Steuern machen. (Sehr wahr! links.) Die sozialdemokratischen Forderungen aber haben sich wegen ihrer Gerechtigkeit und Notwendigkeit Anerkennung errungen; wären sie töricht, so hätten wir sie mit aller Beredsamkeit nicht durchsetzen können. Die größten Rüstungsschreier sitzen unter den Freikonservativen, die heute so beweglich klagen. Gerade diese Herren sind in erster Reihe schuld daran, wenn immer neue Steuern gemacht werden müssen. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Fischbeck (Vpt.) entgegnet dem Abg. Arnstadt, daß die kleinen Bauern von dem Gesetz gar nicht betroffen werden. Die Konservativen wollten jetzt wieder die schlimmsten Besteuerungen von Handel und Verkehr und jetzt setzen sie der Besteuerung des Kindeserbes Widerstand entgegen, nachdem wir im Interesse des Ganzen auf die weitere Ausdehnung der Erbschaftssteuer verzichtet haben. Den Konservativen wäre es vielleicht ganz recht gewesen, wenn die ganze Heeresvermehrung und Deckungsfrage an diesem Punkt zusammengeworfen wäre, damit sie daran ihre Parteisuppe kochen konnten. Uns ist die Frage der Heeresrüstung zu ernst dazu, wir sind zu patriotischen Opfern bereit! (Bravo! links.)

Die Debatte schließt.

Die namentliche Abstimmung über den Antrag Arnstadt ergibt die Ablehnung mit 207 gegen 150 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen. (Beifall links.)

§ 17 hebt das Reichszuwachssteuergesetz auf, gestattet aber den Gemeinden, ihren Anteil weiter zu erheben, solange die Staatsregierung nicht Widerspruch erhebt.

Die Sozialdemokraten beantragen Wiederherstellung der Regierungsvorlage, wonach der steuerpflichtige Wertzuwachs von dem steuerpflichtigen Vermögenszuwachs abzuziehen ist.

Dr. Jäger (Z.) beantragt, daß vor dem Wirksamwerden des Vermögenszuwachssteuergesetzes dem Reichstag eine Vorlage gemacht werde, wodurch die Härten und Unstimmigkeiten des Reichswertzuwachssteuergesetzes beseitigt werden.

Ein Kompromißantrag der bürgerlichen Parteien verlangt, daß der Reichsanteil der Wertzuwachssteuer nicht mehr erhoben werde, aber den Gemeinden, die die Zuwachssteuer schon vor dem Reichsgesetz eingeführt hatten, zufallen soll.

Die Sozialdemokraten beantragen für den Fall der Annahme des Kompromißantrages, daß der Anteil des Reiches allen Gemeinden zufallen soll.

Reichsschatzsekretär Kühn äußert auf der Tribüne unverständliche Bedenken gegen den Kompromißantrag.

Haase (SD.): Obgleich wir dem Gedanken der Zuwachssteuer zustimmen, mußten wir das Gesetz seinerzeit wegen seiner schlechten Gestaltung ablehnen. Die Parteien aber, die das Gesetz seinerzeit als Kleinod feierten, wollen es jetzt wieder abschaffen. Ungeheuerlich ist die Bestimmung, wonach die Aufhebung eines Reichsgesetzes der Landesgesetzgebung überlassen bleiben soll. Damit soll dem Volk vorgespiegelt werden, als ob das Gesetz aufrecht erhalten werde. Was ist das überhaupt für eine Gesetzesmacherei, die im Handumdrehen ein Gesetz abschafft, ohne die Konsequenzen zu bedenken. Die Gemeinden werden befürchten müssen, daß ihnen das, was sie heute haben, jeden Augenblick genommen werden kann. Die größte Unsicherheit wird die Folge sein. Da der Wertzuwachs im wesentlichen herbeigeführt ist durch Gemeindeeinrichtungen, haben wir beantragt, daß die Erträge, wenn nicht dem Reich, so den Gemeinden zufallen sollen. (Bravo! bei den Soz.)

Dr. Blunck (Vpt.) begründet einen Antrag, wonach bei Annahme des Kompromißantrags in den entschädigungsberechtigten Gemeinden die früher bei ihnen geltende Wertzuwachssteuerordnung wieder in Kraft gesetzt werden kann.

Dr. Schiffer (NL.): Das Vermögenszuwachssteuergesetz stellt den Zuwachssteuergedanken auf eine breitere Grundlage. Jetzt sollen die technischen Mängel des Reichswertzuwachssteuergesetzes beseitigt werden. Die Sonderbesteuerung des Wertzuwachses an Grund und Boden soll praktischerweise in den Gemeinden vorgenommen werden.

Ein Antrag Albrecht (Soz.) wird eingebracht, der den Kompromißantrag Bassermann wiederholt, jedoch ohne den Vorbehalt einer anderen Regelung für die Landesgesetzgebung.

Haase (SD.) weist darauf hin, daß unmittelbar vorher der Abg. Bassermann in einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte sich kampfhaft gegen die Streichung des in dem neuen Antrag Albrecht weggelassenen Vorbehaltes gewehrt habe. Dies beweist, wie recht wir haben. Das jetzige Gesetz nimmt die Spekulanten von der Steuerfreiheit aus, die eintritt, falls bei bebauten Grundstücken der Wert des Grundstücks nicht mehr als 20 000 Mk. beträgt. Jetzt will man diese Bestimmung beseitigen und eine Lex Haberland (so heißt der größte Berliner Grundstücksspekulant) schaffen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Behrens (W. Vgg.) stimmt den letzten Ausführungen Haases zu, die sehr bedeutungsvoll seien.

Ein Regierungskommissar verlangt die Beibehaltung des Absatzes, den die Sozialdemokraten streichen wollen. Den Gemeinden müsse die Möglichkeit bleiben, den Verhältnissen bei ihnen Rechnung zu tragen.

Fegter (Vpt.) wendet sich gegen die Beibehaltung des erhöhten Umsatzstempels.

Dr. Südekum (SD.): Der Reichsschatzsekretär hat, wie mir schien, für die Aufrechterhaltung des Wertzuwachssteuergesetzes gesprochen. Nach ihm empfahl ein preußischer Kommissar, das Reichsgesetz fallen zu lassen und die Entscheidung in die Gemeinden zu verlegen, also in die Hände der Hausbesitzer. Welches nun die Meinung der Regierung ist, knobeln die Herren vielleicht aus.

Reichsschatzsekretär Kühn: Der Kommissar, der nach mir gesprochen hat, hat lediglich dargelegt, daß, wenn man auf die Anträge eingeht, es vorzuziehen wäre, den letzten Absatz beizubehalten, um den verschiedenen Verhältnissen in den Gemeinden Rechnung zu tragen.

Die sehr verwickelte Abstimmung ergibt folgendes: Die geltende Wertzuwachssteuer bleibt bis 1916 bestehen. Von da an fällt der Reichsanteil, 50 Prozent, fort, der Bundesstaatenanteil bleibt erhalten, ebenso der Anteil der Gemeinden. Die Neuregulierung der Wertzuwachssteuer bleibt Sache der Landesgesetzgebung, resp. der Gemeinden.

Die Besitzsteuer der Bundesfürsten.

Bei § 43 liegt ein Antrag Albrecht (SD.) vor, einen neuen Absatz einzufügen:

Der Bundesrat bestimmt die für die Veranlagung und Erhebung der Besitzsteuer der Bundesfürsten zuständige Behörden.

Haase (SD.): Ob der Antrag angenommen wird oder nicht, ist für die materielle Steuerpflicht der Bundesfürsten nicht entscheidend. (Lebh. Sehr richtig!) Daß sie besteht, hat das Haus mit großer Mehrheit bereits anerkannt. Es wird auch zu wenig beachtet, daß nach dem preußischen Einkommensteuergesetz vom 23. April 1906 die Bundesfürsten in Preußen steuerpflichtig sind und zu den Realsteuern heranzuziehen sind. Auch gewerbesteuerpflichtig sind die Bundesfürsten. Wenn im Erbschaftssteuergesetz von 1906 eine besondere Ausnahmestimmung enthalten war, so war auch damit zum Ausdruck gebracht, daß an sich die Steuerpflicht besteht. (Lebh. Widerspr. rechts.) Es ist aber gut, in Konsequenz der Haltung, die wir bei dem anderen Gesetz eingenommen haben, festzustellen, daß die Fürsten nicht aus besonderem Entgegenkommen steuerpflichtig sind. Beweisen Sie auch bei dieser Gelegenheit die Festigkeit und den Mut, den das Volk vom Reichstag erwartet. (Beifall bei den Soziald.)

Reichsschatzsekretär Kühn bittet um Ablehnung des Antrags.

Graf Westarp (Kons.): Wir teilen den Standpunkt, daß die Steuerpflicht der Fürsten besteht, wenn nichts anderes in das Gesetz hineingeschrieben ist, nicht, stehen vielmehr auf dem entgegengesetzten Standpunkt.

Fischbeck (Vpt.): Wir haben stets den Standpunkt vertreten, daß weder aus der Verfassung noch aus irgend einem Gesetz die Steuerfreiheit der Fürsten herzuleiten ist. Wir sind der Meinung, daß, mag der Antrag angenommen werden oder nicht, die Steuerpflicht der Fürsten besteht. Da der Antrag gestellt ist, werden wir für ihn stimmen.

Bei den Schlußvorschriften beantragen die Abgeordneten Böhle (SD.) und die übrigen elsässischen Abgeordneten Einfügung eines § 77b, wonach bis 1919 den Bundesstaaten, die Erbschaften in grader absteigender Linie besteuern und bis 1916 diese Steuer mit Rücksicht auf die Besitzsteuer ermäßigen, der Ausfall an Erbschaftssteuer ersetzt werden soll.

Dr. Ricklin (Els.) bittet, dem Antrag aus Billigkeitsgründen zuzustimmen.

Wurm (SD.): Auch wir verkennen die Schwierigkeiten nicht, in die Elsaß-Lothringen kommt. In der Kommission haben wir einen solchen Antrag abgelehnt, aus der Besorgnis, daß die veraltete Steuergesetzgebung der Reichslande durch eine solche Begünstigung noch weiter bestehen würde. Wenn wir aber wüßten, daß die elsaß-lothringische Regierung im Landtag in der nächsten Session eine direkte Einkommen- und Vermögenssteuer vorschlagen wird, würden wir dem Antrag zustimmen.

Ministerialrat Dr. Nobis bejaht die Frage im Namen der elsaß-lothringischen Regierung.

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Nationalliberalen mit großer Mehrheit angenommen.

Damit ist die Deckungsvorlage erledigt.

Es folgt der Bericht der Kommission über die Initiativanträge zur Wohnungsfrage. Die Kommission beantragt eine Resolution, die einen Gesetzentwurf verlangt, der eine Ausgestaltung des Erbbaurechts für die Zwecke der Wohnungsfürsorge bringt.

Nach warmer Befürwortung durch den Abg. Göhre (SD.) wird die Resolution angenommen.

Nächste Sitzung: Sonnabend 10 Uhr (Dritte Lesungen von Wehrvorlagen, Wehrbeitrag, Reichsstempelgesetz und kleinere Vorlagen.

Schluß 7¼ Uhr.

Aus der Partei.

Das Ende einer Reichsverbandslüge. Der Reichsverbandssekretär Taube in Königsberg hatte am 4. März 1912 in einer Versammlung erklärt, der sozialdemokratische Redakteur Markwald habe am 26. Januar 1906 in der „Märkischen Volksstimme" in Forst einen Artikel veröffentlicht, in dem er wörtlich erklärte, daß Religion zwar Privatsache sei, aber die Sozialdemokraten seien Atheisten, es gebe keinen Gott, kein Gewissen. Markwald ließ der konservativen Zeitung, die darüber einen Bericht gebracht hatte, eine Berichtigung zugehen, daß er das alles nicht geschrieben habe. Taube hielt die Behauptung aber trotzdem aufrecht. Markwald strengte nunmehr gegen Taube die Beleidigungsklage wegen der Behauptung an, er hätte geschrieben, daß es kein Gewissen gebe. Das Schöffengericht sprach den Reichsverbändler mit der Begründung frei, aus dem Artikel Markwalds könnte man „herauslesen", er habe der Ansicht Ausdruck gegeben, daß es kein Gewissen gebe. In der Berufungsinstanz wurde der Reichsverbandsangestellte wegen Beleidigung zu 30 Mk. Geldstrafe oder vier Tagen Gefängnis verurteilt. Das Gericht hat festgestellt, daß man aus dem Artikel auch nicht „herauslesen" könnte, was Taube behauptet habe. Der Schutz des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) wurde dem Angeklagten nicht zugebilligt. Es wurde auf Publikation des Urteils in der sozialdemokratischen und konservativen Zeitung erkannt. Damit ist wieder einmal gerichtlich nachgewiesen worden, daß der Reichsverband mit völlig erlogenen Zitaten gegen die Sozialdemokratie kämpft.

Ein Tendenzprozeß gelangte am Mittwoch vor dem Dresdener Kriegsgericht zur Verhandlung. Wegen im Dienst begangener Beleidigung eines Vorgesetzten und Achtungsverletzung vor versammelter Mannschaft mußte sich der Gefreite d. L. und Lagerhalter Genosse Felix Weiß aus Bischofswerda verantworten. Die Anklage ist zustande gekommen auf Grund einer Denunziation. Der Denunziant behauptete, daß Weiß den Bezirksmajor Beyer während einer Kontrollversammlung durch die Worte Hund, Luder und Stück Sch . . . . beleidigt habe, nachdem der Major ihn gerüffelt hatte. Von den Umstehenden hatte niemand etwas von dieser Beleidigung, die Weiß entschieden bestreitet, gehört. Das Urteil lautete auf — — **vier Wochen strengen Arrest!!** Eine solche Strafe kann einen Menschen gesundheitlich auf das schwerste schädigen.

Ein nicht bestätigter Schultheißen-Stellvertreter. Der in Wildenspring (Schwarzburg-Rudolstadt) zum zweiten Male als Vizeschulze gewählte Genosse Klett ist auch diesmal vom Landrat in Königsee wegen seiner Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei nicht bestätigt worden. Das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinde Wildenspring soll nun seitens der Behörde dadurch illusorisch gemacht werden, daß die letztere einen ihr genehmeren Vizeschulzen einsetzen will.

Gewerkschaftsbewegung.

Schwarze Listen der Industriellen Pommerns. Der Streik bei der Zichorienfabrik von J. G. Weiß in Frauendorf bei Stettin hat dazu geführt, daß der Fabrikarbeiterverband die Produkte der Firma boykottierte. Der Ortsgruppe Stettin des Vereins der Industriellen Pommerns und der benachbarten Gebiete scheint diese Maßnahme recht unangenehm zu sein. Sie rät der bestreikten Firma nicht etwa, die geringen Forderungen der Streikenden zu bewilligen, sondern verschickt nun, um sich zu revanchieren, „schwarze Listen" mit Vor- und Zunamen, sowie Geburtstag und -jahr der streikenden Arbeiter und Arbeiterinnen und fordert alle Firmen, selbst die dem Verein der Industriellen nicht angehörigen auf, die Streikenden nicht einzustellen. In dem Schreiben, das vom 23. Juni cr. datiert ist, heißt es:

„Bei unserer Mitgliedsfirma J. G. Weiß, Zichorienfabrik Stettin ist am 4. April ds. Js. der größte Teil der beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in den Ausstand getreten. Der Firma ist es gelungen, durch Herbeiziehung von Arbeitswilligen den Betrieb aufrecht zu erhalten. Der Streik ist somit für die Ausständigen als verloren anzusehen und infolgedessen hat die Organisation kürzlich zu dem Mittel der Verhängung des Boykotts gegriffen.

Mit Rücksicht auf die schweren Schädigungen, die hierdurch unserem Mitgliede bereitet werden dürften, sehen wir uns veranlaßt, auch an die unserm Verbande nicht angeschlossenen Firmen die dringende Bitte zu richten, uns ihre Unterstützung dadurch zu gewähren, daß die streikenden Arbeiter und Arbeiterinnen in ihren Betrieben nicht eingestellt werden. Zu diesem Zwecke übersenden wir Ihnen in der Anlage ergebenst ein alphabetisches Verzeichnis der Ausständigen.

Sollte eine Einstellung bereits erfolgt sein, so bitten wir Sie, den oder die betreffenden Arbeitnehmer in der gesetzlich vorgeschriebenen Weise baldmöglichst wieder zu entlassen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Ortsgruppe Stettin
des Vereins der Industriellen Pommerns
und der benachbarten Gebiete.
Der Vorsitzende: C. Habert. Der Geschäftsführer: Dr. Flechtner."

Das Unternehmertum will also die Arbeiter unter allen Umständen und mit allen Mitteln zu Boden zwingen. Umso notwendiger ist es, daß der über die Fabrikate der Zichorienfabrik J. G. Weiß verhängte Boykott aufs strengste durchgeführt wird. Die Unternehmer fürchten den Boykott, denn soviel ist ihnen klar, daß er das empfindlichste Mittel ist, mit dem sie unter den gegenwärtigen Verhältnissen getroffen werden können.

Ein Transportarbeiterverband in Südafrika. Auf einer Konferenz in Kroonstad, an der Delegierte aus dem Orangefreistaat, Transvaal und Natal teilnahmen, wurde die Gründung eines Industrieverbandes der Transportarbeiter beschlossen, der die Interessen der Mitglieder auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete wahrnehmen soll. Der Verband, der demnächst seine Tätigkeit auch auf die Kapkolonie ausdehnen wird, beschloß, sich der Südafrikanischen Arbeiterpartei anzuschließen und deren Wochenblatt zum offiziellen Organ zu machen. Für Mitglieder, die über 5 M. täglichen Lohn haben, beträgt das Eintrittsgeld 2 M., der Monatsbeitrag 1,50 M., für alle andern je die Hälfte.

Aus dem Gerichtssaal.

Drei Sittenschutzleute vor Gericht. Vor der 1. Strafkammer des Landgerichts I Berlin standen, wie schon kurz berichtet, am Montag, Dienstag und Freitag dieser Woche die Berliner Kriminalschutzleute Paul Thiede, Hans Bachmann und August Seegebarth, außerdem die Ehefrau Thiede. Die Schutzleute waren angeklagt, von Prostituierten Geschenke und andere Vorteile angenommen und gefordert zu haben. Thiede soll sich außerdem der Zuhälterei und seine Ehefrau der Kuppelei schuldig gemacht haben. Bei den Verhandlungen, zu welchen nur die Vertreter der Presse Zutritt hatten, wurde besonders der Angeklagte Thiede von der Prostituierten Orthmeier schwer belastet. Der Staatsanwalt beantragte gegen Thiede wegen Zuhälterei eine Gefängnisstrafe von neun Monaten, gegen Frau Thiede wegen Kuppelei eine Gefängnisstrafe von vier Wochen. Er führte aus, daß die Verhandlung ergeben habe, die ersten Beschuldigungen gegen die Beamten seien außerordentlich übertrieben gewesen. Es sei nicht erwiesen worden, daß die Beamten sich des Amtsverbrechens schuldig gemacht hätten, und er beantrage daher wegen dieses Anklagepunktes gegen die drei Kriminalbeamten die Freisprechung. Anders liege es aber bei dem Thiedeschen Ehepaare. Trotz aller Bedenken sei der Zeugin Orthmeier Glauben zu schenken. Ihre Angaben wurden durch die vorhandenen Liebesbriefe und die Tatsache, daß Thiede und seine Frau Geschenke von ihr angenommen hätten, unterstützt. — Das Gericht verurteilte den Schutzmann Thiede wegen Zuhälterei zu drei Monaten Gefängnis. Auf Aberkennung der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter und auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte wurde nicht erkannt. Von der Anklage der Bestechlichkeit wurde Th. freigesprochen. Alle anderen Angeklagten wurden vollständig freigesprochen.

Fördere deine Presse.

Wenn du die Inserate deiner Zeitung beachtest und bei deinen Einkäufen darauf Rücksicht nimmst, dann leistest du deiner Zeitung einen Dienst, dessen Wichtigkeit du kaum ahnst. Der Geschäftsmann inseriert in der Presse, um alte Kundschaft zu erhalten und neue zu gewinnen. Er wird bei Verausgabung seiner für Reklame bereitgestellten Summen die Zeitung am meisten berücksichtigen, von der er sich die größte Wirkung verspricht. Die Bedeutung der sozialdemokratischen Presse wird von manchen Geschäftsleuten noch sehr unterschätzt. Darum mußt du, Parteigenosse, Gewerkschaftler, vor allen Dingen du, Arbeiterfrau, bei deinen Einkäufen in den bei uns inserierenden Geschäften darauf hinweisen, warum du gerade hier kaufst. Du mußt dem im Arbeiterblatt inserierenden Kaufmann sagen, daß du auf Grund seines Inserats im „Lübecker Volksboten" zu ihm gekommen bist. Und wenn dich dein Weg einmal zu einem nicht inserierenden Kaufmann führt, mußt du ihn auf seinen Fehler aufmerksam machen. Der inserierende Kaufmann wird sich freuen, wenn er handgreiflich den Erfolg sieht, der nichtinserierende wird für den Wink zu geschäftlichen Erfolgen dankbar sein. Es kann also gar nichts Peinliches dabei sein, wenn die kaufende Arbeiterfrau auf ihr Blatt hinweist. Mit einem einfachen Hilfsdienst wird unsere Presse und damit die Arbeiterbewegung in unschätzbarer Weise gefördert. Im bürgerlichen Zeitungsbetrieb sackt der Privatbesitzer die Erträgnisse des Inseratenwesens ein. Bei uns dienen die Einnahmen aus dem Inseratenteil der immer besseren Ausgestaltung der Zeitung, zur Steigerung ihres Einflusses, zur Vergrößerung ihrer Schlagfertigkeit — im Dienste der Volksinteressen. Wenn du also diese Mahnworte genau beherzigst, dann leistest du du dir selbst einen großen Dienst.

Ein furchtbares Urteil fällte am Freitag das Erfurter Kriegsgericht. Sieben Arbeiter aus Wolkramshausen bei Erfurt hatten sich wegen Zusammenrottung, militärischen Aufruhrs, tätlicher Beleidigung, öffentlicher Beleidigung sowie wegen Mißhandlung eines Gendarmen und eines Dorfpolizisten zu verantworten. Die Angeklagten hatten am 16. April dieses Jahres eine Kontrollversammlung besucht. Im Laufe dieses Tages kam es dann im Gasthaus in der Alkoholstimmung zu Radauszenen und zu Zusammenstößen, bei welchen obige Strafdelikte begangen sein sollen. Der Vertreter der Anklage beantragte gegen die Angeklagten im ganzen 43 Jahre Zuchthaus. Verurteilt wurde ein Angeklagter zu **5½ Jahren**, einer zu **5¼ Jahren**, einer zu **5 Jahren 2 Monaten Zuchthaus**, einer zu **5½ Jahren**, einer zu **5¼ Jahren**, einer zu einem Jahr und einer zu sieben Monaten Gefängnis. Neben den Zuchthausstrafen wurde auf Entfernung aus dem Heer und neben den Gefängnisstrafen auf Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes erkannt. Das entsetzliche Urteil wird in den weitesten Kreisen das größte Aufsehen erregen. Es zeigt das Militärgerichtswesen in seiner ganzen Schreckhaftigkeit.

Schwere Soldatenmißhandlungen. Wegen Mißhandlung eines Untergebenen hatte sich der Unteroffizier Karl Mark von der 4. Batterie des 19. Artillerie-Regiments in Erfurt vor dem Kriegsgericht der 38. Division zu verantworten. Während einer Uebung auf dem Truppenübungsplatz Ohrdruf versuchte der Angeklagte den Kanonier Müller von der 1. Batterie zu nötigen, ein Pferd mit Futter zu versorgen, das gar nicht seiner Pflege unterstellt war. Da das Futtern fremder Pferde vom Futtermeister verboten war, so weigerte sich Müller, der Aufforderung des Unteroffiziers Folge zu leisten. Nunmehr zerrte ein Sergeant den Kanonier in den Stall und hielt ihn am Arm fest, während der Unteroffizier brutal mit einer Fahrpeitsche auf den Kanonier einschlug. Der Sergeant, der den prügelnden Unteroffizier so hilfsbereit unterstützt hatte, versuchte vor Gericht die Sache für sich und den Angeklagten in einem günstigeren Licht darzustellen, doch machten seine Zeugenaussagen einen so unsicheren Eindruck, daß das Gericht wegen Unglaubwürdigkeit von seiner Vereidigung absah. Das Urteil gegen den Unteroffizier lautete wegen versuchter Nötigung und Mißhandlung auf 14 Tage Mittelarrest. — Nach der eben geschilderten Verhandlung mußten der Hornist Hermann Lutard und der Musketier Otto Dressel, beide von der 8. Kompagnie des 95. Infanterie-Regiments in Hildburghausen auf der Anklagebank Platz nehmen, weil sie einige Rekruten in brutaler Weise mißhandelt hatten. Der Anklage lag folgender Sachverhalt zugrunde: Bei dem Exerzieren waren einige Rekruten „aufgefallen". Der Aufmarsch „klappte" nicht. Darum mußten die Mannschaften Wiederholungen vornehmen. Das rief nun bei einigen „alten Leuten" eine große Erbitterung hervor. Wahrscheinlich hatten sie vergessen, daß auch sie einmal Rekruten waren. Die Angeklagten gingen wütend auf den Rekrutne Willy zu und traten ihn mit den schweren nägelbeschlagenen Schuhen in die Kniekehlen und Nierengegend, daß der Mißhandelte auf der Stelle zusammenbrach und in die Kaserne transportiert werden mußte. Er lag dann mehrere Tage dienstunfähig im Revier. Andere Rekruten erhielten ebenfalls Tritte gegen die Beine und dem Musketier Münch wurde so heftig gegen die Hoden getreten, daß ihm — wie er als Zeuge bekundete — ganz heiß wurde und er noch geraume Zeit nachher nach Luft ringen mußte. Um tüchtig mit den schweren Militärstiefeln „ausholen" zu können, hatten sich die Angeklagten an andere Soldaten festgehalten. Das Gericht erkannte wegen gemeinschaftlicher, gefährlicher Körperverletzung gegen Lutard auf vier und gegen Dressel auf drei Monate Gefängnis.

Wieder ein Spionageprozeß. Am Freitag wurde der 17jährige Zeichnerlehrling Rudolf Köhler aus Essen vom Reichsgericht zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Köhler war bei der Firma Krupp in Essen beschäftigt. Um sich Geld zu verschaffen, hat er elf Zeichnungen von Kriegsgerätschaften gestohlen und England, Frankreich, Rußland und Österreich angeboten. Nur die französische Regierung hat ihm geantwortet und zwei Zeichnungen für 20 und 50 Mk. abgekauft, die aber nicht geheim zu halten waren. Es lag sonach kein vollendeter Verrat militärischer Geheimnisse vor, so heißt es in der Begründung des Urteils. — Von den übrigen gestohlenen Zeichnungen waren zwei geheim zu halten; daher die Bestrafung.

Aus Nah und Fern.

Die Markonigesellschaft gegen die „Welt am Montag". Ein Beleidigungsprozeß der Markonigesellschaft gegen die „Welt am Montag" endete mit einem vor dem Berliner Schöffengericht abgeschlossenen Vergleich. Der beklagte Redakteur erklärt: Er habe sich überzeugt, daß die Gesellschaft durch die Zurückhaltung der Depeschen über den Untergang der „Titanic" keinen materiellen Vorteil gehabt habe. Darauf zog die Gesellschaft ihre Klage zurück.

An Fleischvergiftung erkrankte in Grünau bei Berlin eine Ehefrau nach dem Genuß von Leberwurst. Trotz sofortiger ärztlicher Hilfe verstarb die Frau.

Schreckenstat eines Wahnsinnigen. In Franken bei Sinzig hat, vermutlich in einem Anfalle von Geistesstörung, die Lehrerswitwe Pertzborn ihre vier Kinder im Alter von 1—7 Jahren in einer Waschbütte ertränkt. Hierauf entfernte sich die Frau; sie wurde später bei ihren Eltern gefunden.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Plüschgarnitur, Diwan, Chaiselongue billig zu verkaufen.
4946) **Gr. Burgstraße 36, Fl.**

Diwan, Chaiselongue billig zu verk. (4945) **Johannisstr. 41, Fl.**

Fast neues **Grammophon** mit 32 Stücken, sehr billig zu verk. (5016 Yorkstraße 20, Hinterhaus, part. r.

Zu verk. **Wurstbude** u. **Wurstkessel.** (5017) Lohmühle 17, Holstent.

Gut erhalt. **Kinderwagen,** Preis 8 Mark, zu verkaufen. (5018
Gr. Gröpelgrube 3.

Ein **Turnanzug** für Jüngling u. eine alte **Bettstelle** billig zu verk.
5012) Fackenburg, Segebergstr. 41, p.

Habe einen gut erh. Peddigrohr-**Kinderwagen** billig zu verkaufen.
5025) Reiferstraße 5 a. p.

Ein gut verzinsb. **Haus** m. abgeschl. 3-Zimmer-Wohn. in der Westhofstr. preisw. zu verk. Gute feste Hypothek. Angeb. unter **CF** a. d. Exp. (5013

1 Guarrr-Zither n. Platens neue Heilmethode zu verkaufen. (5033
Georgstr. 1. 1 rechts.

Ein Kachelofen
mit eisernem Untersatz zu verkauf.
5071) Engelswisch 51.

(5054)

Ladenfenster, Vorsatz und Flurgarderobe billig zu verkaufen.
5041) Segebergstraße 11 pt.

Verkaufe alle Sorten junge und alte **Brieftauben** Ia. Sonntag 1 Uhr. (5043
Engelsgrube 43/5.

Adlerfahrrad und Steinschloßgewehr billig zu verkaufen.
5028) Lichte Querstr. 3, p., Fl.

Zu verkauf. 1 Sofa z. Klappen, Ausziehtisch, Bettstellen m. Sprungfedermatr., saub. Bettzeug, Waschtisch. (5035) Schwönequerstr. 28.

Guterhalt. Kinderwagen
(Peddigrohr) zu verk.
5036) Westhoffstr. 48, p.

Billig zu verkauf. guter **Gehrock-Anzug,** neuer Marengo-Rock und Weste. (5029
Travelmannstr. 30, I., l.

1 fast neue Treppenpforte
für 1 Mk. zu verkaufen.
5040) Hundestraße 80, Fl.

Durch Zufall ein 2teiliges **Sofa,** passend für Brautleute sowie jeden Hausstand, preiswert zu verkaufen.
5039) **Brüderstraße 3 a.**

Kreis-Turnfest Arbeiter-Turnerbund .·. .·. .·. 3. Kreis .·. .·. .·.

am 26., 27. und 28. Juli 1913 in **Lübeck** auf dem Landungsplatz in der Israelsdorfer Allee, im Gewerkschaftshaus und im Fünfhausen. 5010

Frau **Kreutzfeldt** zu ihrem 39. Wiegenfeste ein dreimal donnerndes Hoch. (5031) Nun rate mal.

Junge kräftige Frau sucht Beschäftigung für die Volksfesttage. Angebote unter **M H** an die Expedition dieses Blattes. (5014

Laufjunge
außer der Schulzeit gesucht.
5015) Krähenstraße 32.

Einfach **möbl. Stube.** Woche 2.50 Mk. (5020) An der Mauer 1.

Frdl. Logis zu vermieten.
5061) Fischergrube 90, II. r.

Möbliertes Zimmer
zu vermieten. Woche 2.50 Mk.
5060) Schwartauer Allee 33, I.

Schönböcken 38
zu vermieten (4982

2- oder 3-Zimmer-Wohnung
zu sogleich oder später. Näheres bei **Spethmann** im Landhause.

Das Haus ist bei kleiner Anzahlung zu verkaufen.

Zu vermieten zu sofort oder später ein großes heizbares **Parterre-Zimmer** nach vorne.
5030) Schönkampstraße 7.

Gesucht zum 1. Oktober **ein kleines Haus** oder **3-Stubenwohnung** von ordentlichen Leuten, Burgtor od. Hüxtertor bevorzugt. Off. m. Pr. u. **B. 4** a. d. Exp. d. Bl. (5027

Leute ohne Kinder suchen zum 1. Oktober eine **Drei-Zimmer-Wohnung** im nördlichen Holstentor. Ang. m. Preis unter **E. F.** (5019

Gesucht zum 1. Oktober eine frdl. **3-Zimmer-Wohnung** von 2 einzelnen Leuten. Holstentor-Süd. Angebote mit Preis unt. **T F** a. d. Exp.

Gesucht zum 1. Oktober eine gr. **3-Zimmer-Wohnung** von Leuten ohne Kinder, südliches Holstentor.
042) Angeb. m. Pr. u. **J. K.**

Gesucht zum 1. Oktober **eine 3-Zimmerwohnung** vorm Burgtor. Angebote unter **E. S. 20** an die Expedition dies. Blattes. (5062

Zu verkaufen eine gut erhaltene
Hängelampe.
55) Marienstraße 23, part.

Billig zu verkaufen ein Paar fast neue **Damenstiefel.** (5045
An der Mauer 104.

Hühnerhaus nebst Einzäunung billig zu verkaufen, auch als Gartenhäuschen zu verwenden.
70) Hüxstraße 24, II.

Junge Riesenkaninchen
billig zu verkaufen.
32) Sadowastraße 28, part.

Zu verkaufen ein
Zugänger.
5059) Bleicherstr. 112.

Ärztlicher Sonntagsdienst
am 29. Juni von 1 Uhr ab. (5006
Dr. med. **Busch,** Geibelplatz 12.
Dr. med. **Raben,** Hüxtertor-Allee 13.
Dr. med. **Fr. Christern,** Karpfenstr. 4.

Möbel und Klaviere poliert
57) Fr. Bonau, Augustenstr. 1.

Unterricht im Weißnähen
Zuschneiden wird praktisch erteilt (5011) Breitingstr. 30, pt.

Übernehme noch **Wäsche** von 18 Pfen. auch m. z. Ausbessern, sowie Krümpfeanstricken. Näheres
44) Hüxstraße 19, part.

Verloren vom Attaner **Portemonnaie mit Wochenlohn.** Bitte gegen hohe Belohn. abzugeben
3) Königstr. 5, L. Markt.

Angelaufen ein Wolfshund
Abzuholen gegen Unkosten.
9) Heinrichstraße 43.

Betten
werden gründlich gereinigt. (5049
Dampfreinigung Blücherstr. 27

Visitkarten
— u. Eisenbeinkarten —
100 Stück von Mk. 1.— an
liefert
Die Buchdruckerei des Lübecker Volksboten:
Johannisstraße 46.

Neu-Lauerhof.
Jeden Sonntag **Tanzkränzchen.**
3218) **August Busch.**

Weisser Engel
Jeden Sonntag:
Freier Tanz.
Eintritt frei. (114) **Bernh. Boldt.**

Friedrichshof.
Jeden Sonntag: (624) **Tanzkränzchen.**

Zentral-Hallen
Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.

Adlershorst. (101)
Jeden Sonntag: **Tanzkränzchen**

Friedrich-Franz-Halle.
Morgen Sonntag:
Gr. Tanzkränzchen
Eintritt frei.
5057) Endstation Krankenhaus.
Anfang 4 Uhr. **L. Stamer.**

Hansa-Halle
Morgen Sonntag: **Gr. Tanzkränzchen.**
Eintritt frei. (5058) **Johs. Rieck.**

Einsegel
Morgen Sonntag: (3382
Tanzkränzchen
Carl Köpcke.

General-Versammlung
der
Kranken- und Sterbe-Kasse „Amicitia" E. H. Nr. 18
am Sonnabend, 26. Juli 1913
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom ersten halben Jahre 1913.
2. Wahlen.
3. Beratung über Änderung unserer Krankenkasse.
4. Verschiedenes.

5048) **Der Vorstand.**

Bestes **Ragolds** Schnell-Wasch-Mittel
Ohne Chlor.
Garantiert unschädlich. Schneeweiße Wäsche.
Überall zu haben. 1 Pfd. nur 55 Pfg.
Zur Einführung bis Ende 1914 gegen ausgeschn. Gutscheine von
5 Pfd.: 1 Taschenmesser oder 1 Schere usw. (1823
10 „ echt silb. Kollier, 3 Neusilber-Löffel usw.

Holsten-Meierei
Fernruf 2336 **Wickedestr. 44**
empfiehlt **alle Meereiprodukte** in bekannter Güte.
Geschäfte, welche **Kiebitzeier** übernehmen wollen, werden gebeten, sich zu melden. (185

Restaurant „Waldhütte",
Luisenstraße 49
gegenüber dem L.-B.-C.-Sportplatz.
Schöner Garten. .·. Geschlossene Veranda. .·. Klubzimmer.
3916 L. Wichmann.

Lichtspiele Schwartau
(Kinematographen-Theater.)
Sehenswert! Als Einlage nur noch bis **Sonntag, den 29. Juni:** Sensationell!
Aus dem Leben einer Abenteurerin
Detektiv-Roman. (5003
Außerdem das aus **7 Nummern bestehende interessante Programm.**

Allgem. Deutscher Gärtner-Verein
Zweigverein Lübeck.
Einladung zum
Rosenfest
bestehend in **Ball und sonstigen Belustigungen**
am Sonntag, dem 29. Juni, im Gewerkschaftshaus.
Anfang **5** Uhr. Ende **morgens.**
Eintritt 60 Pfg., eine Dame frei. Einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.
Hiermit laden wir die Kollegen und Genossen freundlichst ein.
5007) **Das Komitee.**

Konzerthaus „Flora".
5056) **Morgen Sonntag:**
Grosses Tanzkränzchen.
Anfang **4** Uhr. Eintritt frei. Ende **2** Uhr.
Max Siems.

Waisen-Hof
Sonntag:
Gr. Tanzmusik
(316) **G. Gipp.**

Konzerthaus Fünfhausen.
5067 **Morgen Sonntag:**
Freies Familienkränzchen.

Gedenkblatt
zur 50jährigen Jubiläumsfeier der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
Preis 60 Pfg.
Zu beziehen durch die Buchhandlung von
Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46
und deren Kolporteure.

Unsere Gesellschaftsspiele
haben sich bei groß und klein in kurzer Zeit sehr beliebt gemacht. Der beste Zeitvertrieb für unsere Jugend, da die Spiele sehr unterhaltend sind und sie in keiner Familie fehlen sollten.
Preis 60 Pfg., Mk. 1.— und Mk. 1.80.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Kaffeehaus Moisling.
Sonntag: (5065
Freies Tanzkränzchen.

Schlutup.
Gasthof „Zum weißen Schwan"
Inh. **K. Böge.** (954
Jeden Sonntag: **Tanzkränzchen.**
Gute Speisen. ff. Biere.

Gasthof Genin.
Sonntag, den 29. Juni: (5052
Gr. Tanzkränzchen
Anfang 4 Uhr.
Hierzu ladet freundlichst ein
H. Martens.

Luisenlust.
Sonntag, den 29. Juni:
5050 **Tanzkränzchen.**

Wilhelm-Theater.
113) Jeden Sonntag:
Große Ballmusik.

Neuer Neutraler Guttempler-Orden
N. N. G. O.

EINLADUNG.
Zu unserm
am **Sonnabend, dem 5. Juli cr.,**
im **Konzerthaus Lübeck,**
Fackenburger Allee 40-42,
stattfindenden
Stiftungs-Fest
verbunden mit **Vorträgen** und
BALL
laden wir hierdurch alle Freunde, Bekannte und Gönner ganz ergebenst ein.
Anfang 8½ Uhr. Ende morgens.
Herrenkarte 60 Pfg., eine Dame frei .·. .·. Damenkarte 30 Pfg.

KARTEN sind zu haben bei **W. Stümer,** Fünfhausen 16, **Fr. Haß,** Hansastraße 60, **E. Tech,** Glandorpstraße 5, **J. Kock,** Arnimstraße 3 b.
5053) **Der Vorstand.**

Konzerthaus
Zauberflöte.
Täglich Konzert
Tiroler Musik-Kapelle
Widerhall
6 Damen, 3 Herren.
Eintritt gänzlich frei.
Anfang **4** Uhr.
5051) **Ludwig Kock.**

Lübecker Sommer-Theater
i. d. Stadthallen. Dir. Ernst Albert.
Sonntag wegen Vorbereitung zu **Filmzauber** geschlossen.
Montag, den 30. Juni 1913:
Festvorstellung
des Operettenschlagers
FILMZAUBER.
Dienstag, d. 1. Juli: **Kater Lampe.**
Mittwoch, d. 2. Juli: **Filmzauber.**
Donnerstag, d. 3. Juli: Die am Freitag mit rauschendem Erfolg bei ausverkauftem Haus aufgeführte
Versunkene Glocke.
Freitag, d. 4. Juli: Das gegenwärtig mit aufsehenerregendem Erfolg überall gegebene neue Lustspiel von Lothar Schmidt:
Das Buch der Frau.
Sonnab. 5. Juli: **Der Hüttenbesitzer.**
Sonntag, d. 6. Juli: **Filmzauber.**
Vorbestellungen für die ganze Woche im Voraus bei **Friedrich Nagel** und **Heinrich Bruse.**
5048) Anfang stets 8¼ Uhr.